21206/11
SH

Schleswig-Holstein
Programm '79

CDU
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Herausgegeben von der CDU Schleswig-Holstein, 23 Kiel, Kastanienstr. 27

Inhaltsverzeichnis

			Seite
	Einführung	Nr. 1 - 17	1 - 5
I.	Das Land im Dienst für seine Bürger	Nr.18 - 52	6 - 16
	Schleswig-Holstein im Bund	Nr.18	6
	Der Landtag	Nr. 21	6
	Leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung	Nr. 24	7
	Kommunale Selbstverwaltung	Nr. 28	9
	Innere Sicherheit	Nr. 30	10
	Recht und Justiz	Nr. 37	12
	Medienpolitik	Nr. 40	13
	Landesplanung	Nr. 44	14
	Humanes Wohnen	Nr. 45	14
	Ehrliche Finanzpolitik	Nr. 51	15
II.	Wirtschaftspolitik für Freiheit, Sozialen Fortschritt und Zukunftssicherung	Nr. 53 -100	17 - 34
	Arbeitsplätze haben weiterhin Vorrang	Nr. 56	18
	Leistungsfähiger Mittelstand	Nr. 60	20
	Politik für den Verbraucher	Nr. 62	20
	Strukturpolitik für unser Land	Nr. 63	21
	Schiffbau und Schiffahrt	Nr. 67	22
	Für sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energie	Nr. 71	24
	Fremdenverkehr	Nr. 76	26

			Seite
	Verkehrspolitik	Nr. 79	27
	Landwirtschaft	Nr. 84	29
	Bäuerliche Landwirtschaft hat Vorrang	Nr. 87	30
	Verbesserung der Agrarstruktur bleibt Schwerpunkt	Nr. 91	31
	Bewährte Landesinvestitionshilfen werden fortgesetzt	Nr. 94	32
	Wettbewerb darf nicht verzerrt werden	Nr. 95	32
	Ausbildung und Fortbildung fördert Leistungsfähigkeit	Nr. 96	32
	Ernährungswirtschaft Partner der Landwirtschaft	Nr. 97	32
	Fischerei	Nr. 98	33
	Forstwirtschaft	Nr.100	33
III.	Gesunde Umwelt	Nr.101 - 121	35 - 40
	Naturschutz und Landschaftspflege	Nr.105	36
	Wasser sichert Leben	Nr.111	37
	Sichere Küsten	Nr.114	38
	Abfallbeseitigung	Nr.115	38
	Immissions- und Strahlenschutz	Nr.116	38
	Gesunde Lebensmittel	Nr.119	39
	Freizeit und Erholung	Nr.120	39
IV.	Kultur und Bildung haben weiterhin Vorrang	Nr.122 - 162	41 - 53
	Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule	Nr. 124	41
	Kindgerechte Schule	Nr. 128	42

			Seite
	Kleinere Klassen	Nr. 130	43
	Berufliche Bildung	Nr. 134	44
	Hochschulen	Nr. 140	46
	Erwachsenenbildung	Nr. 144	48
	Kulturpflege	Nr. 147	49
	Sport	Nr. 153	51
	Jugendpflege	Nr. 157	51
	Jugendfürsorge	Nr. 160	52
V.	Familie, Gesundheit und Soziales	Nr. 163 - 187	54 - 61
	Familie	Nr. 163	54
	Gesundheit	Nr. 170	56
	Soziale Gerechtigkeit	Nr. 180	58
	Schlußwort	Nr. 188	62

EINFÜHRUNG

1. Schleswig-Holstein - das Land zwischen Nord- und Ostsee, Elbe und Zonengrenze, Hamburg und Dänemark - zeichnet sich durch seine einzigartige Geschichte aus. Es wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein selbständiges Bundesland. Die erste sozialdemokratische Landesregierung (1947 - 1950) betrachtete das junge Land als Provisorium und wollte es in einem großen norddeutschen Bundesland aufgehen lassen. Sozialdemokraten haben bis in die Gegenwart mit Planspielen geliebäugelt, Schleswig-Holstein aufzulösen. Die CDU bekennt sich zu einem eigenständigen Bundesland Schleswig-Holstein, wei die Bürger die Entwicklung ihres Landes im Rahmen der Bundesrepublik Deutschland selbst bestimmen sollen.

2. Die Schaffung des selbständigen Bundeslandes Schleswig-Holstein war kein Ak der Willkür. Jahrhundertelang wirkende historische Kräfte haben unser Land einer Einheit geformt. Nicht nur die gebürtigen Schleswig-Holsteiner empfinden ihrem Land gegenüber ein Heimatgefühl. Auch ungezählte Vertriebene und Flüchtlinge haben Schleswig-Holstein als ihre zweite Heimat angenommen. Jährlich wählen tausende von Bürgern aus anderen deutschen Regionen Schleswig-Holstein zu ihrer neuen Heimat. Sie alle leben gern in unserem Land und fühlen sich hier wohl.

3. Aus dem "Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland" ist ein Zukunftsland mi vielfältigen Lebensmöglichkeiten und soliden öffentlichen Leistungen geworden. Die CDU hat in der Landesregierung stets den Bund bei der Erfüllung se ner Aufgaben unterstützt. Sie erwartet, daß der Bund seinerseits seine Verpflichtungen gegenüber dem Land erfüllt. Die Bundesregierung muß durch ihre Politik dafür sorgen, daß die Lebensverhältnisse in allen deutschen Regione gleichwertig sind. Ebenso arbeitet die Landesregierung dafür, daß unsere Mitbürger in allen Teilen Schleswig-Holsteins gleichwertige Lebensbedingungen vorfinden.

4. Schleswig-Holstein ist mit natürlichen Nachteilen belastet. Sie ergeben sic größtenteils aus der Lage des Landes, abseits der großen wirtschaftlichen Zentren, eingegrenzt durch Nord- und Ostsee, Zonengrenze und Elbe. Auf der anderen Seite hat die schleswig-holsteinische Landschaft viele natürliche Reize. Inseln und Halligen, Marsch und Geest, Wälder und Seen machen aus Schleswig-Holstein ein beliebtes Reiseziel. Die Erhaltung unserer einzigartigen Landschaft ist eine hohe Aufgabe der Landespolitik. Die wirtschaftlic

Entwicklung voranzutreiben und dabei im Einklang mit den Ansprüchen der Natur zu bleiben, erfordert eine menschen- und umweltfreundliche Politik.

5. Schleswig-Holstein wird durch die Zonengrenze immerwährend an die ungelöste deutsche Frage erinnert. Die Wiedervereinigung Deutschlands bleibt unverändert das große Ziel, dem sich jede deutsche Politik verpflichtet fühlen muß. Schleswig-Holstein hat in den Jahren nach dem Zusammenbruch Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen Unterkunft geboten. Hunderttausende haben Schleswig-Holstein endgültig als ihr neues Zuhause gewählt und den Aufbau unseres Landes tatkräftig unterstützt. Die Patenschaften des Landes für Pommern und Mecklenburg drücken die Bereitschaft des Landes aus, die Einheit der Nation als staatspolitische Leitidee anzuerkennen.

6. Die geographische Lage hat Schleswig-Holstein eine Brückenfunktion nach Skandinavien zugewiesen. Schleswig-Holstein bekennt sich zu dieser Aufgabe. Die Politik unserer Landesregierung war seit den fünfziger Jahren auf das Ziel eines vereinten Europa ausgerichtet. Schleswig-Holstein muß auch künftig sein geschichtliches Erbe als das ehemalige Streitobjekt der internationalen Politik in den Dienst einer völkerverbindenden europäischen Politik stellen.

7. Die CDU in Schleswig-Holstein steht in der geistigen und politischen Tradition unseres Landes. Sie ist eine Partei für alle Schleswig-Holsteiner. Ob jung oder alt, ob Meister und Leiter im Betrieb oder Arbeiter an der Werkbank, ob Hausfrau oder Rentner, ob Selbständiger im freien Beruf oder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst: Als moderne Volkspartei vereint die schleswig-holsteinische CDU Bürger aus allen Schichten, Gruppen und Berufen unseres Landes.

8. Nicht im klassenkämpferischen Gegeneinander, sondern gemeinsam im Vertrauen aufeinander haben wir zugepackt und unser Land tatkräftig aufgebaut. Hand in Hand wollen wir weiterarbeiten, damit es sich auch in Zukunft lohnt, in Schleswig-Holstein zu leben.
   Selbstbewußt und freiheitlich sind unsere Menschen gesonnen. Sie wollen sich nicht gängeln und bevormunden lassen. Daher fördert die CDU Eigenverantwortung und Selbständigkeit unserer Mitbürger. Bürokratische Vor-

-3-

schriften dürfen uns nicht immer mehr Aufgaben entziehen, die wir selbst als freie Bürger in einer freien Gesellschaft genau so gut oder besser erledigen können als der Staat.

In eigener Verantwortung soll jeder sich selbst Ziele setzen und aus sich das Beste machen können. Dabei wollen wir gerechte Chancen für jedermann. Sozialistische Gleichmacherei lehnen wir ab. Wir wollen in Schleswig-Holstein keine bürokratisch verordnete Gleichförmigkeit und nicht das von oben zugeteilte sozialistische Glück.

9. Aus der Geschichte haben wir Schleswig-Holsteiner gelernt, in Not und Bedrohung füreinander einzustehen und dem Nachbarn zu helfen. Die CDU wirbt für Solidarität mit dem Nächsten. Unseren älteren und benachteiligten Mitbürgern, unseren Kranken und Behinderten, soll vor allem auch von Mensch zu Mensch geholfen werden. Deshalb wollen wir die freiwilligen und staatlichen sozialen Dienste stärken.

10. Aus unserer christlichen und humanistischen Grundhaltung heraus treten wir ein für die persönliche Freiheit des Einzelnen, für den Dienst am Nächsten und für soziale Gerechtigkeit. Die Bewahrung und Beachtung christlicher Grundwerte sind für den Bestand und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unerläßlich.

11. Die erste freie Landtagswahl brachte in Schleswig-Holstein 1947 eine absolute Mehrheit für die SPD. Sie mißbrauchte den Wählerauftrag für eine ideologische Schulreform und eine sozialistische Bodenreform. Die Wähler schickten die SPD bei der nächsten Landtagswahl 1950 folgerichtig in die Opposition. Seitdem stellt die CDU in Schleswig-Holstein den Ministerpräsidenten.

12. Die Ministerpräsidenten Walter Bartram, Friedrich-Wilhelm Lübke, Kai-Uwe von Hassel und Helmut Lemke regierten in Koalition mit der FDP, dem BHE und der DP. Als nach den Aufbaujahren BHE und DP aus dem Landtag ausgeschieden waren, trugen CDU und FDP gemeinsam die Landesregierung. Die CDU bekennt sich zu den Erfolgen, die sie gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern erreichen konnte.

-4-

1970 vollzog die FDP eine Richtungsänderung nach links. Sie bekannte sich zum radikalen Sozialisten Jochen Steffen als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Die Wähler reagierten bei der Landtagswahl mit einem überragenden Vertrauensbeweis für die CDU und Gerhard Stoltenberg: Seit 1971 ist er der erfolgreiche Ministerpräsident in einem leistungsfähigen CDU-Kabinett. 1975 wurden Gerhard Stoltenberg und seiner Mannschaft erneut das Mandat gegeben, Schleswig-Holstein zu regieren.

Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg steht auch zur Landtagswahl 1979 an der Spitze der CDU und wirbt um das Vertrauen seiner Mitbürger. Erfolg und Erfahrung, Tatkraft und neue Ideen sprechen für die Verlängerung seines Regierungsauftrages.

13. Die SPD wird von Jansen und Matthiesen im radikalen und sozialistischen Geiste Jochen Steffens weitergeführt. Die SPD in Schleswig-Holstein hat sich von der traditionsreichen Arbeiterpartei in einen Zusammenschluß linker Ideologen und marxistischer Sozialisten gewandelt, von der sich anerkannte Gewerkschafter zunehmend abwenden. Sie setzt sich immer wieder in einen scharfen Gegensatz zu Bundeskanzler Schmidt und seiner Bundesregierung. In der Bundes-SPD gerät sie durch ihren Linksaußen-Kurs immer mehr ins politische Abseits. Lediglich vor Wahlen versucht sie, diese Gegensätze zu vertuschen.

14. Die FDP hat sich bis heute nicht von der extremen SPD Schleswig-Holsteins gelöst. Über viele Jahrzehnte waren CDU und FDP die natürlichen und erfolgreichen Partner in der Regierungsverantwortung. Die FDP will zum dritten Mal versuchen, der radikal-linken SPD die Mehrheit im Landtag zu verschaffen.

15. Die CDU erkennt die besondere Rolle des SSW als politische Vertretung der dänischen Minderheit an. Die CDU wird auch nach der Landtagswahl bereit sein, das sachliche Gespräch mit dem SSW fortzusetzen.

16. Ministerpräsident Stoltenberg wird als Regierungschef von seinen Mitbürgern in und außerhalb Schleswig-Holsteins geschätzt und geachtet. Seine Tüchtigkeit ist allseits anerkannt. Seine Lauterkeit ist über jeden Zweifel erhaben. Gerhard Stoltenberg ist erfolgreich, erfahren, zuverlässig und menschlich. Selbst beim politischen Gegner zählt sein abgewogenes Urteil.

-5-

Sein Herausforderer Matthiesen gilt sogar in SPD-Kreisen als fachlich unsicher. Er ist persönlich umstritten. Die CDU sagt: Der bessere Mann soll unser Land regieren.

17. Der Ausgang der Landtagswahl 1979 ist offen. Es kommt auf jede Stimme an. Wenige Stimmen können darüber entscheiden, ob die verantwortungsbewußte und bürgerfreundliche Politik der CDU mit Gerhard Stoltenberg fortgeführt wird oder ob Jansen und Matthiesen mit ihrer radikal-linken Landes-SPD in Schleswig-Holstein ihre Ideologien ausprobieren sollen.

    Das nachstehende Wahlprogramm der CDU will die Bürger des Landes Schleswig-Holstein an die großen Leistungen der CDU-Regierungen erinnern, über die zukunftsweisenden Absichten der CDU in den nächsten Jahren unterrichten und den Vergleich mit den Zielen der anderen Parteien ermöglichen.

I. Das Land im Dienst für seine Bürger

Schleswig-Holstein im Bund

18. Unsere Heimat Schleswig-Holstein ist ein selbständiges Land in der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU bekennt sich zur bundesstaatlichen Ordnung.

Der föderale Staatsaufbau gewährt wie kein anderer

- Rücksichtnahme auf geschichtlich gewachsene Eigenarten
- Anerkennung von Minderheiten
- Teilung der Staatsgewalt auf verschiedene Ebenen
- Freiheit von zentralistischer Bürokratie.

Die CDU betrachtet mit Sorge, daß SPD und FDP die bewährte bundesstaatliche Ordnung stetig aushöhlen.

19. Die CDU erwartet vom Bund, daß er dem Auftrag des Grundgesetzes nachkommt, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren und die gleichmäßige Erfüllung der öffentlichen Aufgaben sicherzustellen. Die besonderen Probleme Schleswig-Holsteins und der deutschen Nordregion verpflichten den Bund zu denselben Hilfen, die er anderen benachteiligten Regionen zuteil werden läßt.

20. Das Land Schleswig-Holstein wirkt an der politischen Willensbildung der Bundesrepublik Deutschland über den Bundesrat mit. Für die CDU ist der Bundesrat keine Nebenregierung, sondern ein Verfassungsorgan des Bundes. Die CDU erwartet, daß die Landesregierung auch in Zukunft im Bundesrat die besonderen Interessen unseres Landes und seiner Bürger zur Geltung bringt und durch landeseigene Initiativen Gesetzesbeschlüsse des Bundestages verbessert. Die CDU fordert von den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten der SPD und FDP, daß sie die besonderen Belange des Landes im Bundestag ebenfalls vertreten.

Der Landtag

21. Die CDU bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie. Der Landtag soll als oberstes Verfassungsorgan das ganze Volk vertreten. Die Abgeordneten

müssen unabhängig von Zwängen und einseitigen Bindungen ihren Auftrag erfüllen können. Die Parlamentsreform muß Männern und Frauen dieselben Möglichkeiten einräumen, Landtagsabgeordneter zu werden. Die CDU strebt eine Zusammensetzung des Landtages an, die gewährleistet, daß ein möglichst großer Teil der Abgeordneten neben der Parlamentsarbeit weiter beruflich tätig sein kann.

22. Die CDU bekennt sich zum freien Mandat. Kein Abgeordneter darf an Weisungen und Aufträge gebunden werden. Die CDU widersetzt sich allen Bestrebungen von Teilen der SPD, die Abgeordneten an Parteiaufträge zu binden. Die Abgeordneten der CDU haben immer das Gespräch mit den Bürgern gesucht, haben ihre Sorgen und Nöte ernst genommen und sind ihren Anregungen nachgegangen. Auch mit Bürgerinitiativen werden wir die sachliche Diskussion weiterführen, soweit sie die Grundsätze unserer freiheitlichen Ordnung respektieren. Wegen ihrer begrenzten Ziele und gesonderten Interessenvertretung können die Bürgerinitiativen die Parteien und Parlamente nicht ersetzen.

23. Die CDU in Schleswig-Holstein will die direkte Mitwirkung der Bürger an der Gesetzgebung des Landes erweitern. Durch eine Ergänzung der Landessatzung soll ein Volksbegehren eingeführt werden, durch das sich die Bevölkerung in wichtigen Bereichen unmittelbar an der politischen Willensbildung beteiligen kann.

Leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung

24. Die freie Entfaltung des Menschen wird zunehmend durch ein Übermaß an Gesetzen, Verordnungen und Erlassen begrenzt. Gesetze sind notwendig, um das friedliche Zusammenleben der Menschen und eine ausgleichende Gerechtigkeit zu sichern. Die Verwaltung muß diesem Zweck dienen. Die Gesetzesflut des Bundes, die unser Land zu vielen Ausführungsvorschriften zwingt, wird für Bürger und Verwaltung gleichermaßen verwirrender und undurchschaubarer. Der Hang zum Perfektionismus lähmt die Entscheidungsfreude der Beamten ebenso wie die freie Initiative des Bürgers. Der total verwaltete Mensch ist nicht mehr frei.

-8-

25. Die CDU in Schleswig-Holstein hat vieles getan, um die Landesverwaltung zu vereinfachen und Zuständigkeiten auf die örtlichen Verwaltungen zu übertragen. Der technische Fortschritt wurde genutzt, um Arbeitsabläufe zu rationalisieren und Routinearbeiten zu erledigen. Die Zusammenarbeit der Landes- und Kommunalbehörden wurde erleichtert. Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse wurden delegiert.

    Diese Erfolge reichen für die CDU noch nicht aus, das Ziel einer allseits bürgernahen Verwaltung zu erreichen. Wir wollen die Flut der Rechtsvorschriften eindämmen und sie in der Sprache verständlicher und klarer fassen. Die Anliegen der Bürger müssen durchschaubarer und schneller bearbeitet werden. Jede Verwaltung soll dem Bürger behilflich sein, auch wenn eine andere Behörde zuständig ist. Wir wollen eine menschenfreundliche Verwaltung.

26. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit waren und bleiben Grundsätze für das politische Handeln der CDU. Es wurden in den letzten Jahren über 2ooo Stellen in der Verwaltung eingespart. Demgegenüber haben wir schwerpunktmäßig bei den Lehrern, bei Polizei und Justiz in den Landeskrankenhäusern und bei der Steuerverwaltung die Stellen vermehrt.

    Die CDU in Schleswig-Holstein wird weiterhin dafür sorgen, daß der Staat seine Aufgaben nicht ausweitet. Wir wollen die öffentlichen Aufgaben vielmehr daraufhin überprüfen, ob sie nicht wirtschaftlicher von privaten Trägern erfüllt werden können. Für die betroffenen Mitarbeiter dürfen keine Nachteile entstehen.

    Demgegenüber will die SPD die Staatsaufgaben noch erweitern. Das führt zu noch mehr Bürokratie und erhöht die Last der Abgaben und Steuern für den einzelnen Bürger, ohne daß eine bessere Betreuung durch den Staat gewährleistet werden kann.

27. Die öffentliche Verwaltung braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, der sich aus fachlich qualifizierten und persönlich geeigneten Mitarbeitern zusammensetzt.

    Die CDU tritt für die Erhaltung des Berufsbeamtentums ein. Auf seiner Grundlage soll das Recht für den gesamten öffentlichen Dienst fortentwickelt

werden. Steigende Ansprüche an den öffentlichen Dienst und das Ziel einer bürgerfreundlichen Verwaltung setzen eine verbesserte Aus- und Fortbildung voraus.

Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind den gestiegenen Anforderungen gerecht geworden. Dafür verdienen sie Dank und Anerkennung.

Die CDU tritt für eine leistungsbezogene, familiengerechte und gesamtwirtschaftlich zu verantwortende Bezahlung unter Einbeziehung der Versorgungsempfänger ein.

Kommunale Selbstverwaltung

28. Die kommunale Selbstverwaltung freigewählter Bürger ist ein Fundament unserer Demokratie. Sie verhindert die Machtkonzentration und ermöglicht die Kontrolle und Mitverantwortung der Bürger. Die aktive Mitwirkung von über 12 ooo Mandatsträgern auf allen Ebenen ist ein Beispiel für die freie Entfaltung des Menschen bei der Gestaltung seiner Umwelt. Die CDU hat in Schleswig-Holstein dafür gesorgt, daß die Bürger noch stärker mitwirken und mehr Verantwortung tragen können. Wir haben in unserem Land durch eine maßvolle Gebietsneuordnung überschaubare und zweckmäßige Verwaltungseinheiten geschaffen. Wir überlassen es der freien Entscheidung unserer Gemeinden, ob sie selbständig bleiben oder sich zusammenschließen wollen. Wer wie die SPD Großgemeinden oder Amtsgemeinden fordert und dem Zentralismus und der Konzentration der Verwaltung das Wort redet, muß wissen, daß Freiheitsräume der Bürger abgebaut werden.

29. Die Selbstverwaltung wird ihre Aufgabe nur dann dauerhaft erfüllen können, wenn der Spielraum für eigenständige Entscheidungen erhalten bleibt und ausgeweitet wird. Wir wissen, daß die örtliche Verwaltung bürgernäher arbeitet und die Bedürfnisse des einzelnen Menschen besser berücksichtigen kann. Mit der Übertragung von Zuständigkeiten des Landes auf die Gemeinden und Kreise hat die CDU in Schleswig-Holstein einen wichtigen Schritt getan und wird dies fortsetzen.

Eine eigenständige Selbstverwaltung ist ohne ausreichende Finanzmittel nicht möglich. Durch große Anstrengungen hat die CDU-Landesregierung erreicht, daß die Finanzkraft unserer Gemeinden gestärkt wurde und ihre

Verschuldung vertretbar geblieben ist. So konnten die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs von 666 Mio DM im Jahre 1977 auf 740 Mio DM im Jahre 1978 gesteigert werden.

Bei der Verabschiedung des Steuerpaketes 1978 hat die CDU über den Bundesrat erreicht, daß der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer auf 15 % erhöht und gleichzeitig die Gewerbesteuerumlage um ein Drittel gesenkt wird. Dadurch erhalten die Gemeinden - auch nach Abschaffung der Lohnsummensteuer - eine erheblich verbesserte und gesetzlich abgesicherte Finanzausstattung. Die CDU tritt den Bestrebungen des Bundes entgegen, durch immer neue Mischfinanzierungen die Gemeinden und Kreise zu gängeln.

Innere Sicherheit

30. Die wachsende Zahl der Verbrechen, der Terrorismus und die zunehmenden Aktivitäten verfassungsfeindlicher Kräfte bedrohen unsere Bürger heute stärker als je zuvor. Die schleswig-holsteinische SPD und FDP haben die Gefahren in ihrer ganzen Bedeutung zunächst verkannt und später verharmlost. Auch heute sind sie durch ihre linken Flügel gehindert, die erforderlichen Schritte zu tun. Zum Schutze unserer Bürger haben wir die Polizei in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren ständig verstärkt und ihre technische Ausrüstung verbessert.

Wir werden ihre Schlagkraft erhöhen, indem wir

- planmäßig weitere Polizeibeamte einstellen
- zusätzliche schnelle Kraftfahrzeuge, weitere leistungsfähige Funkgeräte und modernste Polizeiwaffen anschaffen
- den hohen Einsatz- und Ausrüstungsstand unserer Sondereinheiten in Schleswig-Holstein erhalten
- in städtischen Wohngebieten Polizeibeamte als Fußstreifen einsetzen
- eine Organisation gewährleisten, in der für jeden Bürger, auch im ländlichen Raum, der zuständige Polizeibeamte in erreichbarer Nähe verbleibt
- in ganz Schleswig-Holstein den allgemeinen münzfreien Notruf 110/112 einführen und weitere Einsatzstellen einrichten.

31. Die CDU wird auf der Ebene des Bundes mit allem Nachdruck SPD und FDP drängen, endlich die dringend erforderlichen Gesetze zum Kampf gegen den Terrorismus zu verabschieden. Wir bekennen uns zu einem leistungsfähigen Verfassungsschutz. Eine umfassende parlamentarische Kontrolle gewährleistet die Einhaltung aller Rechtsvorschriften.

32. Wir können Verbrechen und Terrorismus aber nicht allein mit Mitteln unserer Polizei bekämpfen. Die CDU will vor allem das geistige Fundament unserer Gesellschaft weiter stärken und die Wertordnung unseres Grundgesetzes nachdrücklicher durchsetzen. Das gilt insbesondere für Rundfunk und Fernsehen, für Schulen und Universitäten. Wir müssen im Bewußtsein unserer jungen Menschen wieder stärker Verantwortung und Pflichten begründen und sittlichen Werten Geltung verschaffen.

33. In den öffentlichen Dienst gehört nur, wer aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Wir werden auch weiterhin nicht zulassen, daß Verfassungsfeinde in den Staatsdienst aufgenommen werden. Das Bundesverfassungsgericht und andere hohe Gerichte haben unsere Entscheidung als rechtmäßig bestätigt. Wir wenden uns gegen die leichtfertige Haltung von SPD und FDP in Schleswig-Holstein gegenüber der Gefahr einer Unterwanderung des Staates.

34. Die Soldaten der Bundeswehr müssen in unserem Land eine schwere Aufgabe erfüllen. Ihre Einsatzbereitschaft sichert unsere Freiheit.
Die Beamten des Bundesgrenzschutzes haben gleichfalls Anspruch auf unsere moralische Unterstützung. Sie müssen im Frieden unter ständiger Bedrohung ihren Dienst zum Schutz unserer inneren Sicherheit verrichten. Soldaten und Bundesgrenzschutzbeamte sind in unsere Gemeinschaft einbezogen. In den schweren Stunden der Naturkatastrophen hat sich diese Gemeinschaft bewährt.

35. Wir unterstützen tatkräftig die freiwilligen Feuerwehren in ihrem verantwortungsvollen Einsatz. Wir werden weiterhin den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz mit seinen freiwilligen Helferorganisationen ausbauen. Wir würdigen und fördern die ehrenamtliche Tätigkeit der vielen tausend Helfer in Schleswig-Holstein.

-12-

36. Die Angehörigen aller Sicherheitskräfte erfüllen einen schweren Dienst. Sie haben Anspruch auf solidarische Unterstützung durch die Politiker und die ganze Bevölkerung.

Recht und Justiz

37. Unsere rechtsstaatliche Ordnung beruht auf der Achtung vor dem Recht und der Anerkennung der Gesetze durch alle Bürger. Die Gesetze sind Wertentscheidungen und Ausdruck der Rechtsgesinnung zugleich. Die unabhängigen Gerichte und die gesetzmäßig arbeitende Verwaltung erhalten diese Ordnung, indem sie die Bürger vor Willkür und Unrecht schützen.
Die Bevölkerung kann das Recht nur achten, wenn sie die Gesetze versteht und sie als sinnvolle Ordnung des Zusammenlebens vieler Menschen begreift. Deswegen hat die CDU die Anstrengungen verstärkt, das Rechtsbewußtsein der Bürger weiter auszubilden. Die Verantwortung eines jeden Bürgers bei der Beachtung der Gesetze muß verstärkt werden. Im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung haben wir Gesetz und Recht einen wichtigen Platz eingeräumt. Wir werden die Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen ausbauen, damit jeder sein Recht erkennen und durchsetzen kann.

38. Die von der CDU in Schleswig-Holstein seit 1970 durchgeführte Neugliederung der Gerichte schafft die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für einen wirksamen Rechtsschutz. Wir statten die Justiz mit guten Gebäuden und modernen Hilfsmitteln aus und erarbeiten einfache Systeme für das Grundbuch- und Registerwesen, das Kosten- und Mahnverfahren und für eine juristische Dokumentation. Die am sozialen Rechtsstaat orientierte Aus- und Fortbildung der Richter, Rechtspfleger und Beamten wurde weiter verbessert. Über den Bundesrat hat die CDU-Landesregierung an der Vereinfachung der Verfahrensgesetze mitgewirkt.

Mit diesen Maßnahmen sorgen wir dafür, daß die Gerichtsverfahren im Interesse der rechtssuchenden Bürger zunehmend beschleunigt werden können.

39. Eine besondere Sorge bereitet uns die ansteigende Kriminalität, insbesondere bei Jugendlichen. Mit Erziehung und Vorbeugung werden wir dieser Entwicklung entgegenwirken. Ebenso notwendig ist der wirksame Schutz der Bevölkerung durch gut ausgerüstete und ausgebildete Polizeibeamte und

Staatsanwälte, die für eine rasche Aufklärung sorgen. Das Strafverfahren kann die rechtstreuen Bürger aber auch die Straftäter nur überzeugen, wenn es der Straftat auf dem Fuße folgt.

Wir treten dafür ein, den straffällig gewordenen Mitbürger wieder in die Gemeinschaft einzugliedern und ihm eine faire Chance zu geben. Deswegen werden wir in Schleswig-Holstein trotz knapper Mittel weiterhin die baulichen und personellen Voraussetzungen für einen humanen und erzieherischen Strafvollzug schaffen. Dabei verlieren wir die persönliche Verantwortlichkeit des Straftäters für sein eigenes Verhalten und den Sicherheitsanspruch unserer Mitbürger nicht aus den Augen.

Medienpolitik

40. Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich zu der im Grundgesetz verbürgten Meinungs- und Informationsfreiheit und damit zu dem Grundrecht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Dies gilt für den einzelnen Bürger wie für Presse, Rundfunk und sonstige Informations- und Meinungsmittler. Die Freiheit der Berichterstattung in Schrift, Bild und Ton ist unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Rechtsstaates.

41. Die CDU tritt entschieden für die Freiheit der Presse in der bewährten Form privatwirtschaftlicher Organisation, für die Freiheit von Hörfunk und Fernsehen sowie anderer Informations- und Meinungsmittler ein; sie wird jedem Versuch entgegentreten, die Informations- und Meinungsfreiheit durch staatliche Maßnahmen zu reglementieren oder die Meinungsvielfalt einzuengen. In Schleswig-Holstein ist eine starke Heimatpresse mit selbständigen Redaktionen unentbehrlich.

42. Die CDU hält eine grundlegende Neufassung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk für unerläßlich:

- wir wollen die Grundsätze der Ausgewogenheit, Unparteilichkeit, Wahrheitstreue und Objektivität in allen Teilen des Programms wiederherstellen; Rundfunk und Fernsehen müssen eine umfassende Information gewährleisten, damit der Bürger sich ein eigenes Urteil bilden kann

-14-

- wir wollen die Kontrolle über Finanzgebaren und Wirtschaftsführung des NDR verbessern; dabei müssen die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wieder beachtet werden
- wir wollen die Rundfunkversorgung mit Regionalsendungen verbessern und in allen Teilen des Landes einen gleichwertigen Empfang dieser Sendungen sicherstellen.

43. Neue Medien und Programme müssen für die Beteiligung anderer Träger, vor allem für die Heimatpresse, geöffnet werden.

Landesplanung

44. Die Leitlinien unserer Planung sind eine Ordnung und Entwicklung des Landes, die gleiche Chancen in allen Teilen Schleswig-Holsteins anstreben und die Belange des Umweltschutzes berücksichtigen.

Die CDU hat für das Land ein modernes und leistungsfähiges System der Raumordnung und Landesplanung geschaffen.

Landesraumordnungsplan, Regionalpläne und Fachpläne des Landes geben die Zielwerte der staatlichen Planung an. Bei der Ausfüllung dieser Planung verbleibt den Kommunen genügend Freiraum für eine eigenständige Gestaltung.

Humanes Wohnen

45. Jedes Bauvorhaben ist in die natürlichen Vorzüge der schleswig-holsteinischen Landschaft und die gewachsenen Strukturen einzupassen. Wir lehnen eine Zersiedlung unseres schönen Landes ab. Unter dieser Voraussetzung fördern wir in größeren und kleineren Gemeinden eine angemessene und geordnete bauliche Entwicklung. Dabei sollen auch im ländlichen Raum nicht zu enge Grenzen gezogen werden.

46. Die CDU tritt dafür ein, daß Baugrundstücke zu tragbaren Preisen zur Verfügung stehen. Dazu gehört, daß die Gemeinden Bauland in ausreichendem Umfang rechtzeitig ausweisen und die Anforderungen an die Erschließung von Baugelände in einem vertretbaren Rahmen halten.

47. Wohnungsbau und Stadterneuerungen müssen sich in erster Linie an den Bedürfnissen und Wohnwünschen der Menschen orientieren. Massierte Hochhausbebauung und unorganische Ballungen werden ihnen nicht gerecht. Dem Menschen soll in seiner Wohnung ein Bereich eigenständiger persönlicher Gestaltung eröffnet werden. Lebendige Nachbarschaften sind zu fördern.

48. Die CDU hat entscheidend zu einer guten Versorgung der Bürger mit Wohnungen in Schleswig-Holstein beigetragen. In den Jahren 1975 bis 1978 konnten insgesamt 18 650 Wohneinheiten mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. In den nächsten vier Jahren sollen erneut für mindestens 16 800 Wohnungen öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Wesentliche Schwerpunkte sind das verstärkte Angebot für junge und kinderreiche Familien sowie für Behinderte und ältere Menschen nach ihren besonderen Bedürfnissen und ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit.

49. Es bleibt das vorrangige Ziel unserer Wohnungsbaupolitik, möglichst vielen Bürgern den Erwerb von familiengerechten Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu ermöglichen.

    Die verstärkte Förderung des Wohnungsbaus sowie ein zeitgemäß gestaltetes Wohngeldgesetz haben zum Ziel, sozial tragbare Mieten zu gewährleisten.

50. Die CDU tritt mit Nachdruck für eine Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens ein. Die baurechtlichen Bestimmungen müssen wieder für den Bauwilligen durchschaubar werden. Das Baugenehmigungsverfahren muß von entbehrlichen und das Bauen unnötig hemmenden Bestimmungen befreit werden. Einige Fortschritte wurden bereits erzielt, wir streben weitere Verbesserungen an.

Ehrliche Finanzpolitik

51. SPD und FDP haben durch ihre überzogene Reformpolitik Bund, Länder und Gemeinden in eine schwere Finanzkrise gestürzt. Wir bekennen

uns auch künftig zu einer Politik der behutsamen Reformen. Eine ehrliche Finanzplanung ist die Grundlage für unser künftiges Handeln. Sie muß sich auf das finanziell Machbare und für den Steuerzahler Tragbare beschränken, insbesondere auch die öffentliche Verschuldung in einem verantwortbaren Rahmen halten. Der staatlichen Leistungsfähigkeit sind deutliche Grenzen gesetzt. Die zahlreichen Forderungen der SPD und FDP im Lande überfordern die Finanzkraft Schleswig-Holsteins.

52. Die Belastung unserer Bürger durch Steuern, Abgaben und Beiträge hat ein kaum mehr vertretbares Ausmaß angenommen.
Dadurch wird der Leistungswille in der Bevölkerung empfindlich gestört. Die CDU in Schleswig-Holstein will dafür sorgen, daß die Risikobereitschaft und die berufliche Leistung des einzelnen Bürgers wieder anerkannt und honoriert werden. Das Land braucht die private Initiative, die Eigenverantwortung, das Können und den Fleiß seiner Bürger.

Wir treten für Steuervereinfachung und Steuersenkungen ein, insbesondere durch eine leistungsorientierte Reform des Einkommen- und Lohnsteuertarifs und eine Minderung der ertragsunabhängigen Steuern.

Die von der CDU getragene Landesregierung hat entscheidend dazu beigetragen, bei der Regelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs die Finanzausstattung des Landes und damit die Finanzkraft seiner Gemeinden zu stärken. Dies muß auch bei der Neuverteilung der Steuern geschehen. Das Verfahren für die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern muß zugunsten eines größeren Entscheidungsspielraumes für die Regierung und Parlamente der Länder verbessert werden. So kann mehr Bürgernähe und Praxisbezug erreicht werden.

II. Wirtschaftspolitik für Freiheit, Sozialen Fortschritt und Zukunftssicherung

53. Mit Ludwig Ehrhards Politik der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU die großen Nachkriegsaufgaben erfolgreich gelöst und Wohlstand, soziale Sicherheit und persönliche Freiheit für alle Bürger geschaffen. In der Sozialen Marktwirtschaft entwickelten wir die Grundlage für eine neue freiheitliche, demokratische Ordnung, die dem einzelnen Staatsbürger eine größtmögliche persönliche Entfaltungsmöglichkeit nach Begabung, Leistung und seine individuellen Bedürfnissen ermöglicht und ihn gleichzeitig in der Gemeinschaft aller vor sozialer Not bewahrt und vor staatlicher Willkür und Bevormundung schützt.

Die Regierungspraxis von SPD und FDP verletzt wichtige Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft, sie bewirkte eine bundesweit anhaltende Wirtschaftsschwäche, eine Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Existenzsorgen des Mittelstandes.

54. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können. Sozialverpflichtete Marktwirtschaft, liberale Demokratie und freiheitliche Rechtsordnung bedingen einander. Grundlage unserer Wirtschaftspolitik bleibt daher die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist wie keine andere Ordnung geeignet, persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, wachsenden Wohlstand und sozialen Fortschritt für alle zu verwirklichen und zu sichern. Daher setzt sich die CDU weiterhin für partnerschaftliche Mitbestimmung und breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ein.

Verstaatlichung und bürokratische Gängelung der Menschen und der Wirtschaft lehnen wir ab. Deshalb sind wir gegen sozialistische SPD-Pläne, mit denen unter dem Deckmantel vernebelnder Formeln wie "Investitionsmeldestellen und -kontrollen" "vorausschauende Strukturpolitik" mit "Strukturräten", "Strukturfonds" und "Investitionslenkung" in Wahrheit die Herrschaft der Funktionäre, die Bürokratisierung unserer Wirtschaft und die umfassende leistungshemmende Verplanung unserer Bürger angestrebt werden. Statt Wachstum und Wohlstand zu schaffen und zu sichern, wird auf diesem Wege ein Zustand herbeigeführt, bei dem es nur noch den Mangel zu verwalten gibt.

Führende SPD-Politiker in Land und Bund stehen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gleichgültig oder sogar ablehnend gegenüber. Sie sind damit verantwortlich für die Fehlentwicklungen und -entscheidungen der letzten Jahre.

Nur mit einer Politik der Sozialen Marktwirtschaft werden wir die großen Zukunftsaufgaben in Freiheit bewältigen. Wer sich am Marktgeschehen und an den Wünschen der Verbraucher orientiert, gibt die beste Gewähr, den ständigen Wandel wirtschaftlicher Strukturen zu meistern und den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in den Dienst der Menschen zu stellen.

55. Wir sind für freie Gewerkschaften, freie unternehmerische Tätigkeit und Tarifautonomie. Funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverände, die ihre Mitverantwortung für Vollbeschäftigung, Wachstum und Geldwertstabilität anerkennen und am Allgemeinwohl ausrichten, erfüllen die ihnen als Tarifpartner übertragene Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft.

Arbeitsplätze haben weiterhin Vorrang

56. Angesichts der bundesweit anhaltenden Wirtschaftsschwäche und der Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft bleiben die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Betriebe Hauptziele unserer Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftsförderungsmittel müssen diesen Zielen dienen.

57. Der aktiven Politik unserer Landesregierung ist es zu verdanken, daß in Schleswig-Holstein die schweren Probleme trotz der Randlage unseres Landes besser als in anderen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland bewältigt wurden:

- während im Bundesgebiet die Zahl der Beschäftigten von 1973 bis 1977 um 6,5 % (1.700.000) schrumpfte, war der Rückgang bei uns mit 3,2 % (rund 30.000) nur halb so hoch
- traditionell wirtschaftsstärkere Länder- wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Bremen und Saarland -, haben heute höhere Arbeitslosenzahlen als Schleswig-Holstein, das einen guten Mittelplatz im Ländervergleich erreichen konnte
- während im Bund 1977 die Zahl der Konkurse und Vergleiche nochmals um mehr als 2 % zunahm, gingen sie in Schleswig-Holstein um über 26 % zurück

-19-

- in drei Jahren (1975 bis 1977) wurden mit öffentlichen Mitteln (ohne Mittelstandsstrukturprogramm) in Schleswig-Holstein mehr als 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, über 1.300 Betriebe mit mehr als 41.000 Arbeitnehmern zur Sicherung von Arbeitsplätzen gefördert und Bürgschaften zur Mitwirkung bei der Sicherung von über 11.000 Arbeitsplätzen eingesetzt. Aufgrund von 403 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnte rund 4.400 Arbeitslosen eine Arbeit vermittelt werden.

Wir werden alle Möglichkeiten der Landespolitik auch in Zukunft ausschöpfen, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und neue sichere Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen.

58. Sichere Arbeitsplätze gibt es nur in gesunden Unternehmen.

Deshalb treten wir ein für

- einen Stopp bei der Steuer- und Abgabenbelastung
- für gezielte steuerliche Entlastungen der Selbständigen und Arbeitnehmer. Wir wollen damit zugleich den Tarifpartnern stabilitäts- und beschäftigungsgerechte Lohnabschlüsse erleichtern; dem dient auch eine aktive Förderung von Vereinbarungen der Tarifpartner über eine betriebliche Vermögensbildung
- gezielte steuerliche Entlastungen und Fördermaßnahmen für Forschung und Entwicklung sowie arbeitsplatzschaffende Investitionen vor allem im Mittelstand
- die Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen, damit die produktiven Kräfte in unserem Lande gestärkt und die Investitionshemmnisse abgebaut werden.

Nur ein starkes und anhaltendes Wachstum der betrieblichen Investitionen, das über Anlageerneuerungen und Rationalisierungen hinausgeht, sichert die Arbeitsplätze. Sich heute gegen notwendige Investitionen, zukunftsweisenden technischen Fortschritt und Rationalisierungsmaßnahmen, die zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und Arbeitsplätze unerläßlich sind, zu wehren, wäre kurzsichtig und unverantwortlich; damit würden zusätzlich unzählige, heute noch sichere Arbeitsplätze der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt.

59. Dem Schutz des arbeitenden Menschen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat die CDU stets hohe Priorität eingeräumt. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren insbesondere der beratenden und überwachenden Tätigkeit der Gewerbeaufsicht ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des Arbeitsschutzes

war auch der Ausbau der betriebsärztlichen Versorgung der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein. Die CDU wird diese Politik zielstrebig fortsetzen.

Leistungsfähiger Mittelstand

60. Ein leistungsfähiger Mittelstand in Handwerk, Handel, Industrie und freien Berufen ist die Grundlage der Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein.

Unsere Landesregierung hat auch in dieser Wahlperiode in vielfältiger Weise - z.B. durch das Mittelstandsstrukturprogramm und neue Maßnahmen wie Exportgarantien, Beratung bei Export, Forschung und Entwicklung - zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in mittelständischen Betrieben beigetragen. Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion wurde mit dem Mittelstandsförderungsgesetz von 1977 eine geschlossene Konzeption zur Förderung der gewerblichen mittelständischen Unternehmen sowie der für die Wirtschaft tätigen freien Berufe und zur Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze in der mittelständischen Wirtschaft geschaffen.

61. Wir werden uns auch weiterhin darum bemühen

- die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständischen Betriebe zu erhalten und zu steigern
- die Gründung und die Entfaltung neuer selbständiger Existenzen sowie die Fortführung und Erweiterung gewerblicher mittelständischer Unternehmen zu erleichtern
- die rechtzeitige Anpassung an den wirtschaftlichen und technologischen Wandel zu unterstützen
- bei der Einführung neuer Produkte und Technologien sowie der Erschließung ausländischer Märkte zu helfen
- die Voraussetzungen zur Eigenkapitalbildung und zur Investitionsfinanzierung über Fremdmittel zu verbessern
- die Maßnahmen zur beruflichen Leistungsfähigkeit und zur Behauptung am Markt, vor allem auch durch stärkere Förderung der Unternehmensberatung und Unternehmerweiterbildung, zu verbessern.

Politik für den Verbraucher

62. Unsere Wirtschaftspolitik mit einem funktionsfähigen Wettbewerb dient dem Verbraucher. Wir wollen seine wirtschaftliche Stellung durch umfassende

Verbraucherinformationen und mit Maßnahmen zu seinem Schutz stärken.

Unsere Landesregierung hat der Verbraucherpolitik wachsendes Gewicht beigemessen und die Hilfen für die Verbraucherorganisationen erheblich erhöht. Sie hat den Ausbau eines flächendeckenden Beratungsnetzes, auch durch fahrbare Beratungsstationen, im Lande gefördert, damit sich die Bürger in ihrem Nachbarschaftsbereich Rat und Hilfe holen können. Die CDU wird diesen Ausbau in den kommenden Jahren abschließen. Darüber hinaus werden wir die Beratung zur Energieeinsparung fördern, damit auch die Verbraucher zur Sicherung unserer Energieversorgung und zur Schonung unserer Umwelt beitragen.

Strukturpolitik für unser Land

63. Die CDU will durch ihre Strukturpolitik die Fähigkeit der Wirtschaft stärken, sich im Wettbewerb zu behaupten und neuen Entwicklungen unter Wahrung der sozialen Belange der Mitarbeiter anzupassen.

Staatliche Strukturpolitik nach dem Muster der SPD als direkten Eingriff in unternehmerische Investitionsentscheidungen lehnen wir ab. Die Folgen staatlicher Investitionslenkung wären zentrale Fehlprognosen und Fehlentscheidungen, für die wir alle aufzukommen hätten und die die Fähigkeit unserer Wirtschaft zur Anpassung gefährden würden.

64. Unser Land hat trotz der anhaltend ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Situation, die die strukturschwachen Räume des Bundesgebietes hart traf, die Regionalstruktur nachhaltig verbessern können.

Neben der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen wurden Gemeinschaftsaufgabemittel in den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur - also: Einrichtungen für den Fremdenverkehr, Häfen, Erschließung von Industriegelände für neue Arbeitsplätze und Bau überbetrieblicher Ausbildungsstätten - investiert. Die Zahl der Schwerpunktorte konnte von 18 auf 31 erhöht werden. Damit wurde in allen Landesteilen die Chance eröffnet, mit öffentlicher Hilfe Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern.

65. Die Anstrengungen unserer Landesregierung zur Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze müssen in Zukunft noch stärker als bisher vom Bund unterstützt werden. Wir werden uns im Bund für eine Fortentwicklung

der Regionalpolitik einsetzen und insbesondere fordern

- die vom Bund gekürzte Investitionszulage wieder von 7,5 auf 10 % anzuheben, damit die strukturschwachen Regionen im Wettbewerb mit den starken Regionen nicht zurückfallen
- die Förderung auf weitere Dienstleistungsbereiche auszudehnen und die Fördermodalitäten an die Arbeitsplatzerfordernisse der kommenden Jahre anzupassen
- die europäischen Regionalmittel, von denen die Bundesregierung noch immer die Hälfte den strukturschwachen Räumen vorenthält, voll auszuschütten.

Darüber hinaus fordern wir vom Bund in Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten verstärkte Anstrengungen bei der Zonenrandförderung und der Förderung der schwächer strukturierten Landesteile.

66. Wir lehnen die von der SPD gewollte Konzentration der Regionalförderung auf wenige Orte im Lande ebenso ab wie eine Förderung mit der Gießkanne. Wir treten vielmehr ein für eine Regionalförderung, die private Investitionen fördert, nicht aber gängelt und mit hohem Verwaltungsaufwand belastet, wie die SPD es will. Wir werden weiterhin eine Regionalförderung betreiben, die den Menschen in allen Teilen des Landes die Chance gibt, im Bereich ihres Wohnortes einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden.

Wir setzen uns für die intensive Fortführung der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Einrichtungen des Bildungs- und Sozialwesens sowie der beruflichen Bildung und für die weitere Verbesserung der Agrar- und der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig ein.

Schiffbau und Schiffahrt

67. Schiffbau und Schiffahrt sowie alle Formen der Meerestechnik, Meeres- und Polarforschung sind Zukunftsaufgaben von nationaler Bedeutung und nicht allein regionale Anliegen der Küstenländer.

Für uns an der Küste haben diese Aufgaben dieselbe Bedeutung wie Kohle und Stahl für die Menschen an Ruhr und Saar. Wir treten deshalb mit Nachdruck dafür ein, daß sie in der Wirtschaftspolitik des Bundes auch denselben Rang erhalten. Durch unseren modernen Schiffbau und eine zukunfts-

orientierte Meerestechnik werden auch die Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie gesichert, die sich über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Eine Welthandelsnation wie die Bundesrepublik Deutschland braucht eine leistungsfähige eigene Schiffahrt zur Wahrung ihrer politischen und außenwirtschaftlichen Unabhängigkeit.

68. Unsere Landesregierung hat vor allem durch die Übernahme von Bürgschaften ein erhebliches Schiffsneubauvolumen gefördert und hierdurch wesentlich zur Sicherung einer ausreichenden Beschäftigung der schleswig-holsteinischen Werften, zur Erhaltung von Arbeitsplätzen auf den Werften und zur Modernisierung der Schiffahrt beigetragen.

Darüber hinaus hat das Land auch durch die Gewährung von Investitionshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben den Modernisierungsprozeß der Werften nachhaltig unterstützt und erforderliche Anpassungen an die weltweiten Markt- und Wettbewerbsveränderungen erleichtert.
Wir werden diese wichtigen Hilfen in Zukunft noch verstärkt einsetzen.

69. Nicht zuletzt dem Einsatz unserer Landesregierung ist es zu verdanken, daß der Bund inzwischen den Forderungen der Küstenländer mit der Fortführung der Förderungsmaßnahmen zugunsten von Schiffbau und Schiffahrt entsprochen hat.
Wir erwarten, daß die Bundesregierung in Zukunft den Sorgen der Menschen auf den Werften und in der Schiffahrt aufgeschlossener gegenübersteht und die erforderlichen Hilfen schneller und wirkungsvoller einsetzt. Dazu gehört auch, auf internationaler Ebene alle Anstrengungen zu unternehmen, um Wettbewerbsverzerrungen und protektionistische Tendenzen zu Lasten unserer Schiffahrt abzubauen. Wir werden uns weiterhin für eine aktive Schiffahrtspolitik einsetzen. Unserer deutschen Flotte müssen die notwendigen Freiheitsräume für ihren weiteren wirtschaftlichen Einsatz gesichert werden. Die staatliche Förderungspolitik ist daran auszurichten, die Konkurrenzfähigkeit unserer Schiffahrt gegenüber verzerrten Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Schiffahrtsmärkten zu erhalten.

70. Im Lande werden wir auch weiterhin Landesbürgschaften als ein wichtiges Instrument zugunsten der Schiffahrts- und Schiffbauunternehmen einsetzen.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen vorgesehen, die den Werften die Möglichkeit eröffnen sollen, durch den Ausbau einer vielfältigen Produktion mögliche Beschäftigungseinbrüche im Schiffneubau teilweise auszugleichen und dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken.

Ergänzend zur Bundesförderung werden wir verstärkt Schiffbauzuschüsse für Neubauten auf schleswig-holsteinischen Werften zur Verfügung stellen.

Für sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energie

71. Die Versorgung unserer Bevölkerung und unserer Betriebe mit sicherer, preisgünstiger und umweltfreundlicher Energie unter Gewährleistung marktwirtschaftlicher Prinzipien bleibt eine der zentralen Aufgaben unserer Politik zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand.

72. Die CDU hat einen klaren Kurs in der Energiepolitik.

Die CDU sagt Ja zu einem qualitätsorientierten Wachstum und verschweigt nicht, daß wir dafür mehr Energie brauchen.

Die CDU sagt Ja zu einer rationellen und sparsamen Energieverwendung. Dabei ist eine marktwirtschaftliche Politik der beste Weg Energie einzuspare

Schleswig-Holstein ist neben Baden-Württemberg das einzige Land, das ein Landesprogramm zur sinnvollen und sparsamen Energieverwendung und -einsparung verwirklicht.

In den entscheidenden Fragen der Energiepolitik - vor allem der Genehmigung von Kernkraftwerken, den Vorschriften für den Umweltschutz, Sicherheit und Entsorgung - ist die Bundesregierung zuständig und verantwortlich. Energiepolitik für Schleswig-Holstein kann deshalb nur im Rahmen der Energiepolitik des Bundes betrieben werden.

Die CDU wird sicherstellen, daß die konventionellen Energieträger (Kohle, Mineralöl und Erdgas) ihren Beitrag leisten, den künftigen Energiebedarf zu decken.

Auch bei optimaler Nutzung dieser Energieträger verbleibt auf längere Sicht eine Energielücke. Deshalb fordert die CDU, daß alle denkbaren Anstrengunge

unternommen werden, insbesondere durch verstärkte Forschungsförderung neue, sichere und umweltfreundliche Energiesysteme zu entwickeln. Solange die drohende Energielücke nicht durch neue Energieträger geschlossen werden kann, können wir auf die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht verzichten. Die CDU in Schleswig-Holstein unterstützt mit dieser Politik das Energieprogramm der Bundesregierung.

73. Die Sicherheitsnormen deutscher Kernkraftwerke sind die schärfsten und besten in der Welt. Wir werden auch weiterhin dem Betrieb von Kernkraftwerken zusammen mit der Bundesregierung nur dann zustimmen, wenn Sicherheits- und Entsorgungsvorschriften dem wissenschaftlich-technischen Stand entsprechen und damit der Schutz von Mensch und Umwelt gewährleistet ist. Bei der Nutzung der Kernenergie hat Sicherheit Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen.

Erst auf klaren rechtlichen Grundlagen der Bundesregierung zur Durchführung ihres Energieprogramms und dessen Abstimmung mit den wichtigsten Vorschriften für Sicherheit und Umweltschutz können Planungen für weitere Kraftwerke in Schleswig-Holstein erfolgen.

74. Die SPD des Landes hat kein energiepolitisches Konzept. Sie sagt nur Nein: Nein gegen die ausgewogene Energiepolitik der Landesregierung; Nein gegen das energiepolitische Programm der Bundesregierung.

Die SPD sagt Nein

- zum Ausbau der Kernenergie
- zum ausgewogenen Einsatz sowie zum Verbund von Kohle und Kernenergie
- zu einer marktwirtschaftlichen Energieeinsparung.

Die negative Haltung der SPD in Schleswig-Holstein würde wirtschaftlichen und sozialen Rückschritt für unser Land bedeuten. Deshalb warnen auch die Gewerkschaften vor den Auswirkungen der schleswig-holsteinischen SPD-Forderungen.

75. Die CDU wird sich für das Land Schleswig-Holstein auch in Zukunft dafür einsetzen, daß

- das marktwirtschaftliche Energieeinsparungsprogramm der Landesregierung konsequent umgesetzt wird

- die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien zur Energieerzeugung und -verwendung unterstützt werden
- die hohen Stromkostennachteile durch verstärkten Einsatz von Importkohle und durch sinnvolle Nutzung der Kernenergie abgebaut werden
- die Fernwärme und das Gasverteilungsnetz weiter ausgebaut wird sowie ein Verbundgasnetz mit den skandinavischen Ländern angestrebt wird.

Für uns sind Energiepolitik und Umweltschutz keine wirklichen Gegensätze. Alle energiepolitischen Entscheidungen müssen die Belange des Umweltschutzes berücksichtigen.

Fremdenverkehr

76. Die gute Entwicklung des schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrs mit nunmehr jährlich insgesamt 36 Millionen Übernachtungen ist das Ergebnis der erfolgreichen Fremdenverkehrspolitik unserer Landesregierung. Auf der Grundlage der Landesplanung und Raumordnung hat sie die Neuerrichtung, Erweiterung, Modernisierung und Rationalisierung von Fremdenverkehrsbetrieben mit Mitteln aus der Investitionszulage, der Gemeinschaftsaufgabe und aus dem landeseigenen Fremdenverkehrsprogramm gezielt gefördert. Das Angebot an öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen in den schleswig-holsteinischen Bädern und anderen Fremdenverkehrsgemeinden konnte weiter verbessert und an die vielfältigen Ansprüche der Gäste angepaßt werden.

77. Die von der schleswig-holsteinischen SPD vertretene Forderung nach einem Entwicklungsgesamtplan für den Fremdenverkehr lehnen wir ab. Sie ist mit der Planungshoheit unserer Gemeinden nicht zu vereinbaren; damit würden die Weichen gegen einen gesunden, leistungsfördernden Wettbewerb in Richtung Investitionslenkung falsch gestellt werden. Das gilt auch für die von der SPD geforderte Einschränkung der Fremdenverkehrsfördergebiete, die mit unseren Vorstellungen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Wohl der Bürger nicht zu vereinbaren ist.

78. Übergeordnete Ziele unserer Fremdenverkehrspolitik als Teil der regionalen Strukturpolitik und der Mittelstandspolitik bleiben die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und Betriebe im Fremdenverkehr sowie die Hebung des Einkommensniveaus der Bevölkerung in den Fremdenver-

kehrsgebieten. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der kleineren und mittleren Fremdenverkehrsbetriebe vorrangig stärken.

Unsere Fremdenverkehrspolitik wird weiterhin den Belangen des Umweltschutzes und der Bewahrung der natürlichen Erholungslandschaft Schleswig-Holstein Rechnung tragen. Wir werden die öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen unter Beachtung des Problems der Folgekosten dem zukünftigen Bedarf entsprechend ausbauen.

Weitere Großvorhaben des Fremdenverkehrs sind in Schleswig-Holstein nicht vorgesehen. Wir unterstützen alle Bemühungen, die Qualität unseres gewerblichen Fremdenverkehrsangebotes zu verbessern und die Saison zu verlängern. Dies hat Vorrang vor einer Ausweitung des Bettenangebotes.

Weitere Initiativen von Privatvermietern, die Aktion "Urlaub auf dem Bauernhof" und Einrichtungen der Naherholung wollen wir besonders fördern.

Verkehrspolitik

79. Ausreichende und leistungsfähige Verkehrsverbindungen in allen Landesteilen sind eine wichtige Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Erwerbschancen unserer Menschen, für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein. Zur Milderung der wirtschaftsgeographischen Nachteile unseres Landes sind leistungsstarke Verkehrsverbindungen zu den großen Wirtschaftszentren von überragender Bedeutung.

Diesen Zielen dient unsere Verkehrspolitik, die sich am notwendigen Bedarf des Personen-, Güter-, Nah- und Fernverkehrs orientiert und ein bedarfgerechtes, umfassend aufeinander abgestimmtes Netz von Verkehrsverbindungen auf Schiene und Straße, zu Wasser und in der Luft bereitstellt.

80. Umwelt- und Naturschutz sowie der Schutz der Menschen vor den Belästigungen des Verkehrs sind bei der Planung und Durchführung von Verkehrsbaumaßnahmen zu gewährleisten.

Ein aktiver Beitrag hierzu wird durch unsere Straßenverkehrspolitik geleistet, die - durch den Bau von Umgehungsstraßen und leistungsfähigen Stadtstraßen, durch zügige Linienführungen, höhenfreie Kreuzungen und durch grüne Wellen bei Signalanlagen - ein möglichst unbehindertes Fahren mit optimaler Ge-

schwindigkeit erreicht, so daß die Umweltbelastung durch Lärm und Abgase vermindert und ein unnötiger Energieverbrauch vermieden wird.

Die CDU setzt sich für eine Verkehrsberuhigung in reinen Wohngebieten ein. Sichere und kindgerechte Anliegerstraßen haben Vorrang. Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen der Gemeinden, verkehrsberuhigte Zonen einzurichten. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für die erforderlichen Änderungen des Verkehrsrechts ein.

81. In den letzten Jahren wurden die Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden des Landes deutlich verbessert. Durch die Anlage von Geh- und Radwegen, den Ausbau von Ortsdurchfahrten, durch Fahrbahnverbreiterungen und Kurvenbegradigungen wurde nicht nur die Leistungsfähigkeit der Landstraßen, sondern auch die Verkehrssicherheit erhöht. Trotz der inzwischen beim Fernstraßenbau erreichten Verbesserungen besteht bei der Erschließung und Anbindung verkehrsferner, strukturschwächerer ländlicher Gebiete noch immer ein spürbarer Nachholbedarf.

82. Die CDU Schleswig-Holsteins fordert eine Verkehrspolitik des Bundes, die die Küstenländer allgemein und Schleswig-Holstein im besonderen in seinen speziellen Problemen und Aufgaben, auch als Brückenland zu Skandinavien, stärker berücksichtigt.

Hierzu gehört:

- die deutliche Verstärkung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau in Schleswig-Holstein

- der zügige Ausbau überregionaler Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen, insbesondere der Autobahn Hamburg-Berlin, der Westküstenautobahn Itzehoe-Heide, der Fortsetzung der Vogelfluglinie von Oldenburg nach Puttgarden sowie die Vorbereitung der Küstenautobahn einschließlich der Elbquerung

- der Ausbau der Gleiskörper und die Elektrifizierung der wichtigsten Fernstrecken der Bundesbahn, insbesondere der Strecke Hamburg-Neumünster-Flensburg/Kiel, der Vogelfluglinie und der Strecke Lübeck-Lüneburg

- die Deutsche Bundesbahn muß bei ihren Rationalisierungsplänen die Strukturprobleme der betroffenen Landesteile voll berücksichtigen und bei unvermeidlichen Streckenstillegungen einen gleichwertigen Ersatzverkehr bereitstellen

- der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals und seine Einbeziehung in das Binnenwasserstraßennetz der Bundesrepublik Deutschland und
- eine aktivere EG-Verkehrspolitik der Bundesregierung zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, unter denen die deutsche Verkehrswirtschaft leidet.

83. Die CDU setzt sich ein

- für die Anpassung der Häfen im Lande an veränderte Anforderungen zur Erhaltung und Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit
- für eine langfristig vorausschauende Luftverkehrsplanung für den norddeutschen Raum, insbesondere für den Bau des Flughafens Hamburg/Kaltenkirchen
- für die Fortführung des Verkehrssicherheitsprogramms des Landes, insbesondere für die Sicherheit von Schul- und Kindergartenwegen.

Landwirtschaft - Wirtschaftsfaktor Nr. 1 im ländlichen Raum

84. Die Landwirtschaft und die eng mit ihr verbundene Ernährungswirtschaft prägen - stärker als in allen anderen Bundesländern - die Wirtschaft Schleswig-Holsteins. Mehr als 20 Prozent der Erwerbstätigen haben ihren Arbeitsplatz in diesen Wirtschaftsbereichen. Die Sicherung dieser Arbeitsplätze bleibt eine vorrangige Aufgabe der CDU-Politik in Schleswig-Holstein. Die heimische Land- und Ernährungswirtschaft versorgt die Bevölkerung mit gesunden, qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

85. Als wichtiger Auftraggeber für gewerbliche Betriebe im ländlichen Raum und als bedeutender Investor dieses Landes sichert die Landwirtschaft gerade in Zeiten abgeschwächter Konjunktur Arbeitsplätze und die Stabilität vieler mittelständischer Betriebe insbesondere im ländlichen Raum.

Gleichzeitig ist eine ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung wichtigste Grundlage für eine gepflegte Kultur- und Erholungslandschaft.

Die CDU tritt daher für eine nachhaltige Sicherung der Wirtschaftskraft unserer Landwirtschaft ein.

86. Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft konnte ihre Spitzenstellung

in Europa festigen. Der Leistungswille und die Einsatzbereitschaft der Landwirte, ihrer Familien und der Arbeitnehmer waren die entscheidenden Triebfedern. Die gezielte Strukturpolitik unserer Landesregierung hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet:

- von 1975 - 1978 wurden insgesamt 246 Mio DM für die einzelbetriebliche Investitionsförderung in landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung gestellt
- zur Verbesserung der Wirtschaftsgrundlage der Höfe und der Infrastruktur des ländlichen Bereichs wurden von 1975 - 1978 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für Flurbereinigung, Wirtschaftswegebau, Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung sowie wasserwirtschaftliche Maßnahmen 383 Mio DM eingesetzt.

Bäuerliche Landwirtschaft hat Vorrang

87. Im Mittelpunkt unserer Agrarpolitik steht der freie und unternehmerische leistungsfähige und anpassungsbereite Landwirt. Ziel unserer Politik ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen einer bäuerlichen Landwirtschaft als bedeutenden Teil eines selbständigen und von staatlichem Einfluß möglichst unabhängigen Mittelstandes zu sichern.

Die CDU setzt sich daher für eine breite Eigentumsstreuung an Grund und Boden ein als einen unverzichtbaren Grundwert ihrer Politik für eine freie Gesellschaft. Eine Aushöhlung des privaten Eigentums werden wir nicht zulassen.

88. Wir halten jedoch einen ausgewogenen und sachgerechten Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen des Einzelnen und der Allgemeinheit für notwendig. Die Möglichkeiten des Grundstücksverkehrsgesetzes und des Landpachtgesetzes schöpfen wir aus, um gesunde agrarstrukturelle Entwicklungen zu stützen.

Im Gegensatz zur SPD dieses Landes lehnen wir eine dirigistische Lenkung des Grundstücksverkehrs ab.

89. Für den freien landwirtschaftlichen Unternehmer - wie für alle Menschen - wollen wir die volle Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Wesentliche Voraussetzung dafür ist eine ausgewogene Markt- und Preispolitik, die sich an den Kosten orientiert, andererseits aber auch Überschüsse auf Teilmärkten und die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den

Mitgliedstaaten berücksichtigt.

90. Die CDU bejaht das von ihr geprägte System der europäischen Marktordnungen mit der darin verankerten staatlichen Verantwortung. Solange eine einheitliche Wirtschafts- und Währungspolitik fehlt, muß der Grenzausgleich beibehalten werden. Wir widersetzen uns jeder Aushöhlung dieser Regelungen.

Verbesserung der Agrarstruktur bleibt Schwerpunkt

91. Die CDU stärkt mit ihrer Politik den ländlichen Raum. Durch gezielte strukturelle Hilfen werden die landwirtschaftlichen Betriebe und die ländlichen Gemeinden in ihrer Entwicklung gefördert. Das umfassende Förderungsinstrument der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" muß fortgeführt werden. Diese Gemeinschaftsaufgabe hat sich bewährt. Wir fordern jedoch eine angemessene Berücksichtigung Schleswig-Holsteins bei der Mittelvergabe.

Wir wollen die überbetrieblichen agrarstrukturellen Förderungsmaßnahmen fortsetzen.
Flurneuordnung, Wirtschaftswegebau und Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse schaffen vielfach erst die Voraussetzungen für eine rationelle Landbewirtschaftung. Sie sind gleichzeitige Grundlage für eine moderne Entwicklung der ländlichen Gemeinden.

92. In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung unterstützen wir die unternehmerische Initiative des einzelnen Landwirts. Wir geben damit Hilfe zur Selbsthilfe in den Betrieben, die sich ohne staatliche Hilfe nicht ausreichend weiterentwickeln können. So sichern wir Arbeitsplätze innerhalb der Landwirtschaft und der mittelständischen Wirtschaft des ländlichen Raumes.
Wir fordern eine Vereinfachung der bundeseinheitlichen Richtlinien für die einzelbetriebliche Investitionsförderung.

93. Die CDU setzt sich dafür ein, die Leistungsfähigkeit des Gartenbaus zu stärken. Baumschulen, Obst-, Gemüse- und Zierpflanzenbau sowie Garten- und Landschaftsbau haben besondere Bedeutung für die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes und sind überwiegend Ausdruck für das wachsende Bewußtsein der Menschen für eine bessere Umwelt.

Bewährte Landesinvestitionshilfen werden fortgesetzt

94. Wir wollen die besonderen Landeshilfen für die Förderung baulicher Investitionen und für die Entwicklung der tierischen Veredlungsproduktion sowie für Baumaßnahmen zur umweltfreundlichen Lagerung tierischer Abfallstoffe als Schwerpunkt der Landesagrarpolitik gezielt fortführen.

Dabei sollen die Hilfen künftig noch stärker vor allem den bäuerlichen Familienbetrieben gewährt werden.
Wir werden unsere Bemühungen zur Energieeinsparung auch in landwirtschaftlichen Betrieben weiter verstärken.

Wettbewerb darf nicht verzerrt werden

95. Die Fortführung kostenentlastender Maßnahmen auf den schleswig-holsteinischen Höfen halten wir für unverzichtbar.

Die CDU setzt sich für die Beibehaltung der steuerlichen Entlastungen der landwirtschaftlichen Betriebe ein. Sie strebt eine Regelung für mehr Steuergerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft an.

Ausbildung und Fortbildung fördert Leistungsfähigkeit

96. Grundlagen unserer langjährigen erfolgreichen Agrarpolitik waren und bleiben die Erhaltung und Stärkung der Initiative und des Leistungsvermögens der Betriebsleiter, ihrer Familien und der Mitarbeiter. Bildung,Ausbildung und soziale Sicherung sind hierfür unabdingbare Voraussetzungen. Wir unterstützen daher die gezielte berufliche Aus- und Weiterbildung und Beratung durch die Landwirtschaftskammer. Die landwirtschaftlichen Betriebshilfsdienste bleiben ein Schwerpunkt der Agrarsozialpolitik des Landes. Jedem Familienbetrieb muß bei Bedarf eine Betriebs- und Haushaltshilfe zur Verfügung stehen.

Ernährungswirtschaft - Partner der Landwirtschaft

97. Als Partner der Landwirtschaft ist eine schlagkräftige standortgebundene Ernährungswirtschaft von großer Bedeutung für die Erhaltung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes. Deshalb halten wir die Fortführung einer gezielten Förderung dieser Betriebe für notwendig.

Um die notwendigen Absatzmöglichkeiten auch außerhalb der Landesgrenze zu stärken, werden wir uns für eine weitere Verbesserung der Qualität schleswig-holsteinischer Nahrungsmittel und eine Erweiterung der Lebens- und Futtermittelüberwachung einsetzen sowie die gezielte Produktpflege und Absatzförderung mit dem Gütezeichnen "Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein" ausbauen. Für die Verbesserung der Ernährungsberatung zur objektiven Information der Verbraucher werden wir eintreten.

Fischerei

98. Die CDU tritt für die Sicherung der Existenz unserer Fischer und der Fischwirtschaft ein. Sie sind ein wichtiges Glied der Wirtschaft unseres Landes.
Wir fordern die Bundesregierung und die EG-Mitgliedsstaaten auf, die Folgen der seerechtlichen Änderungen, insbesondere in der Ostsee, für die Fischer und ihre Familien sowie für die Fischwirtschaft zu mildern. Einseitige nationale Interessen, die eine Einigung der Mitgliedsstaaten sowohl innerhalb der EG als auch zwischen der EG und den Ostseeanliegerstaaten verhindern, dürfen nicht zu Lasten unserer Fischer gehen.

99. Die schleswig-holsteinische Kutterfischerei ist unverschuldet in Not geraten. Unsere Landesregierung hat ein Programm zur gezielten Hilfe dieses Wirtschaftszweiges vorgelegt. Bund und Land müssen dafür Sorge tragen, daß eine leistungsfähige Kutterfischerei in Schleswig-Holstein erhalten bleibt. Damit sichern wir tausende von Arbeitsplätzen in der Fischerei und der Fischwirtschaft und gewährleisten gleichzeitig die Versorgung unserer Bevölkerung mit Frischfisch.
Wir unterstützen die Forschungsvorhaben für die Fischzucht an der Nord- und Ostseeküste unter Einbeziehung von Musterbetrieben.

Forstwirtschaft

100. Die CDU mißt der Forstpolitik im waldärmsten Bundesland eine besondere Rolle zu. Wir werden daher unsere Bemühungen, den Waldanteil durch gezielte Aufforstungen langfristig auf 12 % zu erhöhen, weiter fortsetzen.

Die Bedeutung des Waldes für die Erholung der Menschen und seine Schutzfunktion für Boden, Wasser, Klima und Luft ist unschätzbar groß. Darüber hinaus stellt der Wald durch nachhaltig betriebene Forstwirtschaft eine sich ständig selbst erneuernde Rohstoffquelle für das von unserer Wirtschaft benötigte Holz dar. Nur der bewirtschaftete Wald ist in der Lage, alle an ihn gestellte Anforderungen zu erfüllen.

III. Gesunde Umwelt

101. Der Mensch kann ohne den Freiraum einer weitgehend intakten Landschaft, ohne Verbindung zur lebendigen Natur mit all den Schätzen, die sie uns bietet, in geistiger Freiheit nicht leben.

Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, mit seiner natürlichen Schönheit und landschaftlichen Eigenart, hat ausgezeichnete Umweltbedingungen. Menschen aus anderen Bundesländern beneiden uns darum. Wir wollen dieses kostbare Gut für die Menschen unseres Landes bewahren, pflegen und mehren.

102. Die CDU hält den technischen Fortschritt, den weiteren Ausbau der Industrie und der Verkehrswege auch in unserem Land für notwendig. Dieser Fortschritt darf aber nicht zu einer Zerstörung der Landschaft, der Natur, unserer Umwelt führen. Die SPD dagegen forderte jahrzehntelang groß angelegte Industrie- und Kraftwerkskomplexe ohne Rücksicht auf unsere Natur.

Bei der Schaffung weiterer Arbeitsplätze wird die CDU deshalb auch zukünftig störende Eingriffe in die Natur und Landschaft weitgehend vermeiden. Wirtschaftsförderung und Umweltschutz werden wir aufeinander abstimmen, da dies die beste Voraussetzung für attraktive Lebensbedingungen in unserem Lande zwischen den Meeren ist.

103. Die CDU hat Verständnis für die Sorge der Bürger vor der Gefahr einer Beeinträchtigung ihres Lebensraumes. Daher haben wir schon in der Vergangenheit durch wirksame Vorschriften, insbesondere Landschaftspflege-, Landeswald-, Landeswassergesetz, sowie durch zukunftsweisende Generalpläne und der Konzeption eines Luftmeßnetzes einen hohen Grad an Umweltfreundlichkeit geschaffen.

Auch unsere wirtschaftlich gesunde Land- und Forstwirtschaft, die etwa 80 % der Fläche unseres Landes bewirtschaftet, trägt wesentlich zur Erhaltung und Gestaltung unserer Kulturlandschaft bei. So werden wir auch in Zukunft einen sicheren Umweltschutz garantieren.

104. Eine erfolgreiche Umweltpolitik kann nicht allein durch staatliche Anordnungen geschaffen werden. Die CDU will ihre Umweltpolitik auch in Zukunft auf dem Verständnis sowie der aktiven Mithilfe der Bürger aufbauen. Dabei kommt der Ausbildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen in den

Schulen eine besondere Bedeutung zu. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Umweltschutzgedanke, den wir frühzeitig in die Lehrpläne aufgenommen haben, im Schulunterricht verstärkt berücksichtigt wird.

Naturschutz und Landschaftspflege

105. Für die CDU ist Naturschutz und Landschaftsschutz zugleich Heimatschutz. Wir werden weiterhin durch Naturschutz und Landschaftspflege die Landschaft in ihrer Manningfaltigkeit, ihrer Vielfalt an Pflanzen und Tieren, mit Grünzonen in und an Siedlungsgebieten erhalten, pflegen und neu gestalten.

106. Es sollen für alle Räume unseres Landes Landschaftsrahmenpläne aufgestellt werden, in denen die Ziele und Vorhaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege dargestellt sind. Wir treten dafür ein, daß durch die Übernahme in die Raumordnungspläne gewährleistet wird, keine Maßnahmen mehr zu verwirklichen, die mit diesen Zielen nicht übereinstimmen.

107. Die CDU betrachtet die 85 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 170.000 ha und 265 Landschaftsschutzgebieten mit 347.000 ha als notwendigen Bestandteil zur Verbesserung der Qualität unseres Landes. Wir wollen nach Prüfung von 93 Landschaftsteilen weitere Naturschutzgebiete ausweisen.

108. Wir haben eine Stiftung Naturschutz errichtet. Sie soll unter Mitbeteiligung der Bürger besonders schützenswerte Landschaftsteile ankaufen, pflegen und entwickeln. Der Ankauf der Hallig Süderoog und die Sicherung des international bekannten Vogelschutzgebietes Wallnau auf der Insel Fehmarn sind dafür Beispiele.

109. Zusammenhängende Landschaftsteile mit natürlicher Vielfalt werden wir bevorzugt in der Umgebung von größeren Städten als Landschaftsschutzgebiete ausweisen. Beispiele dafür sind das Hohe Elbufer und die Ostseeküste im Bereich der Förden.

110. Wir werden Heiden, Binnendünen und Feuchtgebiete in ihrem natürlichen Zustand erhalten und sie im Rahmen unseres Natur- und Landschaftsschutzes schwerpunktmäßig entwickeln.

Beim Abbau von Kies und bei Aufschüttung stellen wir sicher, daß die Eingriffe in die Landschaft ausgeglichen werden.

Wir werden Ortsbilder, Bau- und Bodendenkmale pflegen und erhalten.

Wasser sichert Leben

111. Für Schleswig-Holstein ist die Wasserwirtschaft eine Frage von geschichtlichem Rang. Küsten- und Binnengewässer bestimmen den Reiz der Landschaft. Unsere Generalpläne für Küstenschutz, Wassergewinnung und Wasserversorgung, Abwasser und Gewässerschutz und Binnengewässer sind Richtschnur umweltpolitischen Handelns bis ins Jahr 2000.

112. Die CDU tritt dafür ein, daß mit dem Wasserschatz der Natur pfleglich umgegangen wird. Jeder Bürger wird Trinkwasser in ausreichender Menge und hervorragender Güte in Schleswig-Holstein genießen können. Bis Ende der 80er Jahre werden alle Haushalte des Landes - soweit erforderlich - an zentrale Trinkwasserversorgungsanlagen angeschlossen sein. Der Ausweisung von Wasserschutzgebieten und Untersuchungen zur Erschließung aller Grundwasservorkommen werden wir unsere verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

113. Das Land wird auch in Zukunft ausreichende staatliche Hilfen zum Bau von Abwasserbeseitigungsanlagen gewähren. Schon heute sind 72 Prozent der Haushalte an zentrale Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen. Aufgrund der stark steigenden Investitionskosten je Einwohner wollen wir auch dezentrale Anlagen in Gemeinden fördern, in denen eine verstärkte Bautätigkeit nicht zu erwarten ist. Für kleine Ortsteile, Streusiedlungen und Einzelgehöfte reichen in vielen Fällen auch Kleinkläranlagen aus. Daneben wird ein Schwerpunkt in der Erweiterung und Verbesserung der Reinigungsleistung bestehender Kläranlagen liegen.

Der Bau von Kläranlagen mit der dritten Reinigungsstufe am Nord-Ostsee-Kanal und am Elbe-Trave-Kanal, der Schlei, der Alster und Bille sowie an Seen und anderen Gewässern wird auch in Zukunft ein entscheidender Beitrag für die Gesunderhaltung der Gewässer sein.

Sichere Küsten

114. Für die CDU ist Küstenschutz zugleich Schutz für die Menschen hinter den Deichen. Die CDU tritt dafür ein, daß bei der Durchführung von Küstenschutzmaßnahmen die notwendigen Eingriffe in Natur und Landschaft so gering wie möglich bleiben. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht in diesen Gebieten wahren.

Bei der Planung und Durchführung notwendiger Küstenschutzmaßnahmen werden wir die gewachsene Eigenart und Vielfalt der Küsten erhalten. Dabei werden wir das Nordfriesische Wattenmeer, das Brut-, Rast- und Nahrungsraum für viele Vogelarten ist, mit seinen Deichvorländereien schützen.
Wir wollen in mehreren Bereichen des Wattenmeeres die Vorlandarbeiten intensivieren und zusätzlich neues grünes Vorland schaffen.

Abfallbeseitigung

115. Mit dem Generalplan Abfallbeseitigung in Schleswig-Holstein ist die Grundlage für eine schadlose Abfallbeseitigung geschaffen worden. Die Zahl von über 800 Müllkippen konnte auf 23 reduziert werden. 1980 werden nur noch 16 zentrale Abfallbeseitigungsanlagen bestehen. Das bedeutet Schutz der Gewässer, insbesondere des Grundwassers, aber auch Schutz der Landschaft vor Verunreinigungen. Langfristig strebt die CDU Lösungen an, eine Reihe von Abfällen einer geordneten Wiederverwertung zuzuführen.

Immissions- und Strahlenschutz

116. Menschen aber auch Tiere und Pflanzen müssen vor schädlichen Immissionen geschützt werden. Die CDU will die erforderlichen Voraussetzungen schaffen, daß die technischen Einrichtungen zur Abscheidung von Luftverunreinigungen verbessert werden können. In einem System der Luftüberwachung werden Meßcontainer kontinuierliche Immissionsmessungen insbesondere im Hamburger Randgebiet durchführen.

117. Die CDU wird durch eine menschenfreundliche Stadtplanung und Arbeitsplatzgestaltung den Lärmschutz verstärkt fördern. Bereits im frühen Stadium der Planungen wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, einen wirksamen

Lärmschutz zu erreichen. Das gilt insbesondere beim Bau von Wohn- und Geschäftshäusern, Gewerbe- und Industrieanlagen sowie bei der Führung von Straßentrassen und Schienenwegen und bei der Festsetzung von Flugverkehrswegen.

Am Arbeitsplatz wollen wir den Lärm an der Quelle selbst mindern oder abschirmen, um gesundheitliche Schäden für die Arbeitnehmer zu vermeiden.

118. Die Sorgen vieler Bürger unseres Landes vor Umweltgefahren durch Kraftwerke nehmen wir sehr ernst. Deshalb gehören der Schutz von Leben und Gesundheit, die Sicherung zukünftiger Lebensbedingungen und die Erhaltung von Natur und Landschaft vor Umweltbelastungen von Kraftwerken zu unseren vordringlichen Aufgaben. Wir werden alle nur denkbaren Maßnahmen ergreifen, um beim Bau und Betrieb von Kraftwerken schädliche Immissionen zu verhindern.

Gesunde Lebensmittel

119. Alle Menschen haben Anspruch auf gesunde Lebensmittel. Kontrollen auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Düngemittelverkehrskontrolle, Futtermittelkontrolle, Überprüfung des Fleisches auf Rückstände sowie die Überwachung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen dienen dem Verbraucherschutz. Wir gewährleisten eine lückenlose Überwachung von der Produktion bis zum Verbrauch. Die CDU wird dafür eintreten, daß die Herstellung und Verwendung umweltgefährdender Chemikalien umfassend gesetzlich geregelt werden.

Freizeit und Erholung

120. Die CDU wird zur Sicherung des Freizeit- und Erholungsbedürfnisses unserer Bevölkerung sowie der vielen Urlauber die natur- und ortsnahen Erholungsmöglichkeiten in der schönen schleswig-holsteinischen Landschaft weiter entwickeln. Die besonderen Anliegen der Familien mit ihren Kindern werden wir bevorzugt berücksichtigen.

Wir bringen die Belange der Erholungssuchenden mit den besonderen Schutzbestimmungen für Teilgebiete unseres Landes mit Hilfe der modernen Land-

schaftspflege-, Landeswald- und Landeswassergesetze in Einklang.

Die Gesetze dienen der erholungssuchenden Bürger

- der auf allen Wegen die Feldmark und die Wälder betreten und auf gekennzeichneten Wegen reiten kann
- der Zugang zu den Seen und den Meeresstränden an Nord- und Ostsee erhält.

121. Die vier großräumigen Naturparke Lauenburgische Seen, Westensee, Aukrug und Hüttener Berge mit einer Fläche von über 136.000 ha sollen zum Nutzen aller Erholungssuchenden weiter entwickelt werden. In höchstens einer Autostunde ist wenigstens einer dieser Naturparke von jeder Stadt in unserem Lande und auch von Hamburg aus zu erreichen.

Die CDU wird bei der Planung und dem Ausbau der Naturparke neben der Erhaltung der landschaftlichen Eigenart und des Lebensraumes für Pflanzen und Tiere dem Befürdnis der Menschen nach vielfältigen Erholungsmöglichkeiten Rechnung tragen.

IV. Kultur und Bildung haben weiterhin Vorrang

122. In den vergangenen Jahren hat die Kultur- und Bildungspolitik in Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung gehabt. Fast jede dritte Mark aus dem Landeshaushalt wurde für diesen Bereich ausgegeben. Durch eine umsichtige Kulturpolitik, in deren Mittelpunkt der einzelne Mensch und nicht eine Ideologie standen, ist unseren Schülern und Studenten, Lehrern, Hochschullehrern und Eltern eine Schul- und Hochschulmisere wie in den SPD/FDP-regierten Bundesländern erspart geblieben.

123. Auch in Zukunft wird die Kultur- und Bildungspolitik für die CDU Vorrang haben. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der Zukunftschancen unserer Jugend. Nach den Jahren umfangreicher Bildungsreformen und intensiver Schulversuche kommt es jetzt darauf an, die gewonnenen Erkenntnisse auszuwerten, um das Schulwesen zu konsolidieren. Die bestehenden Einrichtungen werden weiterentwickelt und verbessert. Erziehungs- und Bildungsinhalte bestimmen die Zukunft unserer freiheitlichen Gesellschaft. Deshalb sind sie für uns wichtiger als die Probleme der Schulorganisation.

Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

124. Wir treten für eine Erziehung ein, die von den grundlegenden Werten unserer Kultur getragen wird. Dazu gehören insbesondere das Bekenntnis zur Familie und zur Verantwortung für den Nächsten, das Gefühl für Gerechtigkeit, die Achtung vor dem Gesetz sowie die Bejahung und Verteidigung unseres demokratischen Staates. Die Schule muß die Liebe zur Heimat und zum Vaterland fördern, das Bekenntnis zur eigenen Geschichte entwickeln, den Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands erhalten und den jungen Menschen zu einem vereinigten Europa in Freiheit hinführen.

125. Erziehung und Bildung soll den jungen Menschen befähigen, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden und in Verantwortung zu handeln. Eine Erziehung, die sich in Kritik und Verneinung erschöpft, lehnen wir ab, da sie einen bindungslosen Menschen schafft.
Bildung und Erziehung dürfen nicht für ideologische Ziele mißbraucht werden. Es ist zutiefst autoritär, noch unkritische junge Menschen unbemerkt

auf ein Gesellschaftssystem ohne Freiheit und Demokratie festzulegen.

126. Das staatliche Schulwesen kann seinen Bildungsauftrag nur erfüllen, wenn es unvoreingenommen die Naturtatsache berücksichtigt, daß nicht alle Menschen gleich veranlagt und deshalb auch nicht in gleicher Richtung bildungsfähig sind. Jeder Schüler ist eine unverwechselbare Persönlichkeit. Er muß entsprechend seinen Begabungen und Leistungen gefordert und gefördert werden. Er darf nicht überfordert werden. Dies ist nach unserer Auffassung nur in einem gegliederten Schulwesen möglich, nicht aber in der Einheitsschule.

127. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, links- und rechtsextremen Kräften, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, die Ausübung des Lehrerberufes zu ermöglichen.

SPD und FDP verkennen die Bedeutung des Lehrerberufes für die Zukunft unserer freiheitlichen Demokratie, wenn sie Kommunisten und anderen Verfassungsfeinden die Tätigkeit in unseren Schulen ermöglichen.
Jedem Lehrer lassen wir Raum für pädagogische Gestaltungsfreiheit.

Kindgerechte Schule

128. Immer mehr Schüler klagen über Schulangst. Gestützt auf Erhebungen von Medizinern und Psychologen nehmen wir Berichte über die steigenden Belastungen im Schulalltag sehr ernst. Unsere Landesregierung hat eine Kommission "Kindgerechte Schule" eingesetzt. Wir werden ihre Arbeitsergebnisse mit dem Ziel verwerten, die Schule kinderfreundlicher zu machen.

Deshalb soll die Schule nicht nur Fachwissen vermitteln. Schulbildung soll auch Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln wie die Freude am Schönen, die Pflege musischer Anlagen, den Spaß am sportlich-körperlichen Kräftemessen und die Selbstverwirklichung durch handwerkliche Arbeit.

129. Wir widersetzen uns einer übertriebenen Konzentration der Schulen. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, in dem die Schulwege nicht zu lang sein dürfen. Wir werden vorhandene einzügige Grund-, Haupt- und Realschulen in kleineren Gemeinden erhalten. Die von der SPD geforderte Einführung der Gesamtschule bedeutet u.a. die Stillegung zahlreicher neuer

voll ausgebauter Schulen. Die Folge sind unvertretbar lange Schulwege und übergroße Schulen, in denen menschliche Beziehungen zu kurz kommen. Wir werden unsere Kinder vor den zusätzlichen Belastungen der Gesamtschule schützen.

Kleinere Klassen

130. Seit 1970 stiegen in Schleswig-Holstein die Schülerzahlen um 23 %, im Bundesdurchschnitt dagegen nur um 13 %. Durch große Anstrengungen in den zurückliegenden Jahren konnte die Lehrerversorgung schrittweise verbessert werden. Allein in den letzten vier Jahren wurde die Zahl der Lehrer um fast 1.800 auf über 20.000 erhöht. Mit durchschnittlich 29 Schülern pro Klasse haben wir trotz überdurchschnittlicher Schülerzahlen im Vergleich zu anderen Bundesländern eine verhältnismäßig günstige Situation.

Die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer wurde laufend verbessert. So wurde für alle Lehrer der Vorbereitungsdienst eingeführt. Mit dem Landesinstitut für Praxis und Theorie der Schule haben wir eine gute und viel beachtete Einrichtung zur Einführung in den Lehrerberuf und der Lehrerfortbildung geschaffen.

131. Mit Landesmitteln in Höhe von 292 Mio DM sind in den letzten vier Jahren über 2.300 Klassenräume und 393 Turn- und Sporthallen gefördert worden. Damit stehen inzwischen fast allen Schülern moderne Schul- und Sportstätten zur Verfügung.

132. Die CDU wird in den nächsten 4 Jahren das gegliederte Schulsystem insbesondere durch folgende Maßnahmen verbessern und weiterentwickeln:

- Abbau des z.Z. noch vorhandenen Unterrichtsausfalls und Verringerung der Klassenfrequenzen durch die Aktion "Kleinere Klasse"
- ein Unterricht, der dem Alter und der Reife der Kinder angemessen ist
- Verbesserung der Lehrpläne und des Auswahlverfahrens der Schulbücher
- Verstärkung von Sport und musischen Fächern in unseren Schulen
- Betreuung für alle schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kinder, in Schulkindergärten oder besonders ausgestatteten Kindergärten
- Verbesserung der Entscheidungshilfe für die Eltern beim Übergang ihrer Kinder in die weiterführenden Schulen
- Verbesserung der Berufsorientierung in den beiden Abschlußklassen aller allgemeinbildenden Schulen

- erweiterte Durchlässigkeit der verschiedenen Schularten durch engere Abstimmung der Lehrpläne
- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen, von Hauptschule und berufsbildenden Schulen, von Schule und Hochschule
- Verstärkung der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung.

133. In dem Flächenland Schleswig-Holstein kommt der Schülerbeförderung eine entscheidende Bedeutung zu. Deshalb hat die CDU-Landesregierung für Schüler bis zur 10. Klasse sichergestellt, daß nicht nur die Benutzung von Schulbussen, sondern im überörtlichen Verkehr auch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel unentgeltlich erfolgt.

Berufliche Bildung

134. Insbesondere durch die verfehlte Wirtschafts-, Finanz- und Berufsbildungspolitik der Bundesregierung haben sich die beruflichen Chancen der jungen Generation in den letzten Jahren laufend verschlechtert. Unberechtigte Angriffe auf die betriebliche Ausbildung und eine Überbewertung von Abitur und akademischer Ausbildung durch linke Bildungs- und Gesellschaftspolitiker und -theoretiker haben dazu geführt, daß sich unser Ausbildungs- und Beschäftigungssystem immer weiter auseinanderentwickelt haben. Ein Überangebot an akademisch ausgebildeten Kräften auf der einen Seite und eine Facharbeiterlücke auf der anderen Seite sind die Folge.

135. Es gehört zu unseren vorrangigen Aufgaben, die berufliche Zukunft der Jugend zu sichern und zu verbessern. Alle jungen Menschen müssen die Chance haben, eine gute Ausbildung zu erhalten, sich durch Leistung zu bewähren und Anerkennung zu erfahren, um in eigener Verantwortung ihren Lebensweg in unserer Gesellschaft frei und selbstbewußt zu gestalten. Ziel unserer Berufsbildungspolitik bleibt es weiterhin, möglichst viele Jugendliche durch eine gute Berufsausbildung für das Erwerbsleben zu rüsten und die noch nicht berufsreifen oder behinderten Jugendlichen durch besondere Förderung an ihre berufliche Tätigkeit heranzuführen. Wir bekennen uns zum dualen Ausbildungssystem, dessen Leistungsfähigkeit auf der Partnerschaft zwischen Schule und Wirtschaft gegründet ist.

136. Unsere Landesregierung hat mit Unterstützung der für die Berufsausbildung verantwortlichen Organisationen einen Weg eingeschlagen, der sich als

erfolgreich erwiesen hat. Die bisherigen Erfolge der Berufsbildungspolitik in unserem Lande sprechen für sich:

- Den Betrieben unseres Landes ist es trotz schwieriger Auftrags- und Beschäftigungslage auch im laufenden Jahr gelungen, das Angebot an Ausbildungsplätzen so auszuweiten, daß - abgesehen von einigen regionalen und sektoralen Engpässen - alle geeigneten ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten konnten
- In der Zunahme der Ausbildungsplätze für die Jugend hat Schleswig-Holstein eine Spitzenstellung im Bundesgebiet. Die Zahl der 1977/78 neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverhältnisse liegt in unserem Lande um 36 % höher als vor drei Jahren,während der Vergleichswert für den Bund lediglich knapp 24 % beträgt
- In demselben Zeitraum der letzten drei Ausbildungsjahre von 1974/75 bis 1977/78 hat sich die Zahl der Jugendlichen, die an überbetrieblichen Ausbildungslehrgängen der Wirtschaft teilnehmen, von 13.000 auf mehr als 18.000 erhöht; die Zahl der Plätze in überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Wirtschaft wird von rd. 1.700 vor drei Jahren auf 2.400 in diesem Jahr steigen
- Die Zahl der Plätze im Jugendaufbauwerk des Landes Schleswig-Holstein für noch nicht berufsreife Jugendliche hat sich seit 1974/75 bis jetzt von 1.000 auf 1.330 erhöht
- In den letzten vier Jahren konnte die Zahl der Plätze in den Berufsschulen des Landes im Berufsgrundbildungsjahr von 1.325 auf 2.125 und im berufsfähigenden Jahr von 375 auf 1.200 erhöht werden.

137. Mit diesen Leistungen geben wir uns nicht zufrieden.

Wir werden uns einsetzen für

- den gezielten Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres als erster Stufe beruflicher Ausbildung
- den Ausbau des berufsbefähigenden Jahres für Jugendliche ohne Ausbildungsabsicht
- zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verstärkung des Ausbildungsplatzangebotes
- den weiteren Ausbau des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein
- genügend eigene Ausbildungsstätten für behinderte Jugendliche
- die Erhaltung des Fachklassenprinzips und Erweiterung des Blockunterrichts, der Bezirksklassen und der Landesberufsschulen, soweit dies zu einer Verbesserung des Berufsschulunterrichts beiträgt
- die besondere Förderung von Sonderschülern und Schülern ohne Hauptschulabschluß
- die räumliche Zusammenfassung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Fortbildung öffentlicher und privater Träger, um veränderten Nutzungsansprüchen jederzeit gerecht zu werden.

138. Die Landesregierung hat ein 300-Millionen-DM-Programm zur Sicherung der Ausbildungschancen der Jugend und ein 850-Plätze-Programm für die Verstärkung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes in vorwiegend strukturschwachen Räumen aufgestellt.
Sie hat sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß verstärkte Anstrengungen für die berufliche Bildung in besonderem Maße Investitionen für unsere Zukunft darstellen, vor allem für unsere jungen Menschen und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft von morgen.

139. Unsere jungen Mitbürger müssen davon überzeugt werden, daß sie mit einer abgeschlossenen Schulbildung und einer qualifizierten Berufsausbildung den Gefahren der Arbeitslosigkeit am besten begegnen. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit der erste Schritt unserer jungen Menschen in das Berufsleben nicht mit Ausbildungs- oder Arbeitslosigkeit beginnt. Wir wissen, daß Enttäuschung zu Beginn des Erwachsenenlebens zu Verbitterung, Resignation und Ablehnung gegen Staat und Gesellschaft führen können. Deshalb nehmen wir die davon ausgehenden Gefahren sehr ernst.

Hochschulen

140. Wo immer sie an der Macht sind, haben Sozialisten deutsche Hochschulen in eine tiefe Krise gestürzt. Die gute Tradition der Freiheit von Lehre und Forschung gilt ihnen wenig. Für Sozialisten ist die Hochschule ein Hebel zur Veränderung von Staat und Gesellschaft.

Lehre und Forschung sind nicht nur die Grundlage des kulturellen und sozialen Wohlstandes von heute und morgen, sie sind auch Motor des technischen Fortschritts. Wir bekennen uns daher zu einer Hochschule

- die Freiheit in Forschung, Lehre und Studium in einem rechtsstaatlichen Rahmen gewährleistet
- eine leistungsorientierte wissenschaftliche Ausbildung vermittelt
- eine leistungsfähige Selbstverwaltung besitzt, in der Kompetenzen und Verantwortung klar bestimmt sind
- in der die äußeren Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler und Studenten gesichert sind und
- welche die bereitgestellten öffentlichen Mittel wirtschaftlich verwendet.

Wir schützen die Hochschulen gegen ideologischen Mißbrauch.

141. Für den Ausbau der Hochschulen sind in Schleswig-Holstein, wo z.Z. 20.000 junge Menschen studieren, in den letzten vier Jahren aus Bundes- und Landesmitteln rund 290 Mio DM ausgegeben worden. Seit 1975 hat die Universität Kiel ein neues Physikzentrum, das Sportforum, ein neues Biologiezentrum, eine zweite Mensa sowie eine Zahn- und eine neue Kinderklinik erhalten. An der Medizinischen Hochschule Lübeck konnte der Neubau für die klinisch-theoretischen Institute in Betrieb genommen werden. Die Fachhochschule Flensburg erhielt einen Großmotorenprüfstand. Daneben sind weitere wichtige Neubauten begonnen worden: An der Universität Kiel die Chirurgische Klinik und die Erweiterung der Nervenklinik, an der Medizinischen Hochschule Lübeck der Neubau für die zentralen Versorgungseinrichtungen und der Neubau für die Vorklinik, der Neubau der Musikhochschule Lübeck sowie zwei neue Verfügungsblocks für die Fachhochschule Flensburg.

142. Wir wollen den funktionsgerechten Ausbau der Hochschulstandorte Kiel, Lübeck und Flensburg fortsetzen und hierfür in den kommenden vier Jahren rund 350 Mio DM aufwenden. Der Ausbau in Kiel soll damit im wesentlichen abgeschlossen werden. Die Planung für den Ausbau der Fachhochschule Flensburg ist in eine konkrete Phase getreten.
Wir wollen darüber hinaus unseren Hochschulen die Mittel bereitstellen, die sie benötigen, um für die Zeit der starken Abiturjahrgänge befristet zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Mit über 30 Mio DM wollen wir in den nächsten vier Jahren die Zahl der Studienplätze so erhöhen, daß bei entsprechenden Maßnahmen der anderen Länder nach Möglichkeit jeder Studierwillige aus Schleswig-Holstein einen Studienplatz (wenn auch nicht immer im Fach seiner Wahl), erhalten kann. Das Risiko, einen der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, können wir den Studenten jedoch nicht abnehmen.
Dies bedeutet jedoch keine totale Öffnung der Hochschulen. Sie würde die Hochschulen funktionsunfähig machen. Auf Zulassungsregelungen kann auch in Zukunft nicht verzichtet werden.

143. Die Studienreform soll nicht nur eine Verkürzung des Studiums bringen, sondern auch eine bessere Verbindung von Studium und beruflicher Praxis. Die schlechter werdenden beruflichen Chancen für Akademiker machen es nötig, die Studieninhalte so zu verändern, daß die Hochschulabsolventen ein breites berufliches Einsatzfeld finden.
Die Forschung schafft die Voraussetzungen für die Bewältigung wichtiger Probleme unserer Gesellschaft. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Rahmenbedingungen für die Forschung an Hochschulen, anderen Einrichtungen und in der Wirtschaft zu verbessern.

Durch die weitere Verstärkung der allgemeinen Studienberatung soll die große Zahl der Studienfachwechsler und Studienabbrecher verringert werden. Während bei den kleineren Hochschulen die Form der Beratung durch Zulassungsstellen und Hochschullehrer beibehalten werden soll, muß bei den großen Hochschulen hauptamtliches Personal die Studenten beraten.

Erwachsenenbildung

144. Die stetige Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik und der soziale Wandel verändern unsere Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen. Vor diesem Hintergrund hat die Weiterbildung eine steigende Bedeutung. Sie soll durch Aktualisierung des Bildungsstandes zur sozialen Sicherung des Bürgers beitragen. Sie soll ihm weiter helfen, Antworten auf neue Fragestellungen im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Leben zu finden, sozialen Aufstieg unabhängig vom Schulzeugnis zu sichern, neue Berechtigungen zu erwerben und sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten.
Jeder Bildungswillige soll die Möglichkeit erhalten, die für sein Fortkommen notwendigen Bildungsabschlüsse nachzuholen.

145. Die CDU wird die Erwachsenenbildung im Land Schleswig-Holstein weiter fördern. Auch im ländlichen Raum müssen qualifizierte Angebote gemacht werden, die jedem Bürger zugänglich sind. Hierbei kommt den Volkshochschulen und den Bildungsstätten eine besondere Bedeutung zu.
In den letzten Jahren ist die Zahl der durchgeführten Unterrichtsstunden in der Erwachsenenbildung dank steigender Zuschüsse des Landes ständig gestiegen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Entwicklung des Angebots der Volkshochschulen für nachträgliche Schulabschlüsse ist ein gutes Beispiel für die sinnvolle Verwendung öffentlicher Mittel.

Die CDU unterstützt Maßnahmen, um weiteren Gruppen der Bevölkerung ohne Nachteile im Beruf die Teilnahme an Veranstaltungen der beruflichen und politischen Weiterbildung zu ermöglichen. Sie tritt für eine bundeseinheitliche Regelung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer ein.

146. Wir werden das Büchereiwesen in Schleswig-Holstein weiter ausbauen. Im Landesteil Schleswig haben wir bereits eine Spitzenstellung für das ganze Bundesgebiet erreicht.

Kulturpflege

147. Wir bekennen uns zu einer freiheitlichen Kulturpolitik, die Bewährtes erhält und für neue Inhalte und Formen aufgeschlossen ist.

Eine besondere Verpflichtung sehen wir in der Pflege des kulturellen Erbes unserer Heimat. Dabei ist die Denkmalpflege eine zentrale Aufgabe. Das internationale Denkmalschutzjahr 1975 hat das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit des Denkmalschutzes wesentlich geschärft. Dies gilt sowohl für die Erhaltung einzelner, besonders wertvoller Baudenkmale wie ganzer Straßenzüge und Ortsbilder. Das Land hat in den letzten vier Jahren über 2,8 Mio DM an Zuschüssen für die Wiederherstellung denkmalgeschützter Gebäude aufgewendet. Es wird diese Leistungen bis zum Jahre 1982 auf jährlich etwa 1,3 Mio DM steigern.

Der Aufbau des Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseums in Molfsee bei Kiel mit seiner einzigartigen Sammlung von Bauernhäusern aus unserer Heimat geht seiner Vollendung entgegen. Das Land hat für dieses Museum seit seiner Gründung fast 5,9 Mio DM aufgewendet.

In Idstedt sind das Ausstellungsgebäude und die Sammlungen restauriert worden. Die Landesregierung hat die Gründung einer Stiftung gefördert, die diese Halle in Zukunft unterhalten wird.

148. Auch im Bereich der archäologischen Denkmalpflege sollen die Anstrengungen zur Erhaltung vorgeschichtlicher Zeugnisse im Lande verstärkt werden. In Schleswig-Holstein gibt es rund 35.000 archäologische Denkmale, von denen über 3.000 unter Schutz gestellt wurden, 750 allein seit 1974. Das Land wird seine finanziellen Aufwendungen für diesen Zweck erhöhen.

Wir wollen die Schleswig-Holsteiner auch mit ihrer Vor- und Frühgeschichte zunehmend vertraut machen. Die Hebung eines Wikingerschiffes und der Bau eines besonderen Museums in Haithabu sowie auch die Freilegung des Oldenburger Walls sind dafür überzeugende Beispiele.

149. Seit Jahrzehnten fördert das Land die Pflege der niederdeutschen Sprache und unterstützt die Niederdeutschen Bühnen. Damit erhält jeder Bürger die Möglichkeit, das Schaffen unserer niederdeutschen Autoren kennenzulernen. Seit seiner Gründung im Jahre 1974 wird das Niederdeutsche Institut in Bremen von dem Land Schleswig-Holstein ideell und materiell gefördert.

150. Insbesondere durch die Erweiterung der Museen sollen die Kulturgüter unserer Heimat den Bürgern zugänglicher werden. Deshalb ist 1978 die Stelle eines Landesmuseumsdirektor geschaffen worden, der außer der Leitung des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen soll:

- Beratung der Landesregierung in Fragen des Museumswesens
- Entwicklung von Konzeptionen für Museumspädagogik im Lande
- Beratung der zahlreichen, häufig ehrenamtlich geleiteten Museen im Lande.

151. Die Zuschüsse des Landes für die Theater wurden in den letzten Jahren laufend erhöht. Allein im vergangenen Jahr haben die Bühnen in Kiel, Lübeck und das Schleswig-Holsteine Landestheater und Sinfonieorchester GmbH vom Land Mittel in Höhe von 17,65 Mio DM erhalten. Diese Förderung wird entsprechend der allgemeinen Kostenentwicklung im Jahre 1979 auf 20,6 Mio DM erhöht.

152. Die musische Erziehung hat für uns eine große Bedeutung. Deshalb begrüßen wir die erfreuliche Entwicklung der Musikschulen in Schleswig-Holstein, deren Zahl sich von 15 im Jahre 1974 auf 23 im Jahre 1978 erhöht hat und die Tatsache, daß sich die Landesmittel für die Musikschulen in den letzten beiden Jahren nahezu verdoppelt (d.H. von 130.000 auf 250.000 DM erhöht) haben. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Musikschulen in allen Teilen des Landes ein.

Sport

153. Die Förderung des Schul- und Vereinssports und die Zusammenarbeit zwischen Sport und Politik sowie Schule und Verein in Schleswig-Holstein gilt seit Jahren bundesweit als vorbildlich. Die 1975 errichtete Landessportkonferenz hat einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Politik und Sport geleistet. Die 1978 geschaffene Institution der Kreisschulsportobleute ist ein weiteres Mittel zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein.

154. Sport ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil des Schulunterrichts. Unser Ziel, allen Schülern drei Sportstunden in der Woche zu geben, konnte im Gymnasial- und Realschulbereich fast erreicht werden und soll schrittweise auch an allen anderen Vollzeitschulen verwirklicht werden. Auch Berufsschüler müssen schrittweise die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen der Schule sportlich zu betätigen. Der Sport für behinderte Kinder und Jugendliche ist weiter auszubauen.

155. Unser besondere Engagement gilt dem Vereinssport. Der Hinweis, daß inzwischen jeder vierte Schleswig-Holsteiner Mitglied eines Sportvereins ist, unterstreicht die große Bedeutung des Sports. Wir erkennen die großen personellen und materiellen Eigenleistungen der Sportvereine und -verbände an und bekennen uns zu deren Eigenverantwortung. Aus eigener Kraft können sie aber ihre vielfältigen Aufgaben nicht mehr erfüllen.
Wir treten deshalb dafür ein, auch in Zukunft die Zuweisungen des Landes an den Sport angemessen zu erhöhen.

156. In den letzten vier Jahren konnten mit Unterstützung des Landes zahlreiche Sportstätten gebaut werden, die nach dem Landessportstättenrahmenplan sowohl dem Schul- als auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen.Wir wollen die Förderungsmaßnahmen fortsetzen und zu einem flächendeckenden Angebot moderner Sportstätten für den Schul- und Vereinssport im gesamten Lande kommen.

Jugendpflege

157. Die CDU fordert eine Jugendarbeit, die unsere Demokratie verantwortlich mitträgt und zur Persönlichkeitsentwicklung des jungen Menschen beiträgt.

Sie soll den Jugendlichen befähigen, seine eigenen Bedürfnisse in Gesellschaft und Staat zu erkennen, verantwortungsbewußt tätig zu werden und der Jugend in ihrer Freizeit Möglichkeiten zum gestalterischen Handeln anbieten.

Wir erkennen die außerschulische Jugendarbeit als einen eigenständigen Bildungs- und Erziehungsbereich an und setzen uns dafür ein, alle Förderungsmaßnahmen des Landes auch in Zukunft in einem Landesjugendplan zusammenzufassen.

158. Das Schwergewicht liegt für uns auch künftig bei den Jugendverbänden und Jugendbildungseinrichtungen. Es ist nicht unser Ziel, Konzeptionen von oben zu verordnen, sondern Ideen und Aktivitäten der freien Verbände zu unterstützen.

Durch entsprechende Landesmittel sollen die Jugendverbände weiterhin die Möglichkeit erhalten, hauptamtliche Bildungsreferenten einzusetzen, Modelle der offenen Jugendarbeit durchzuführen und Maßnahmen zur Betreuung jugendlicher Arbeitsloser anzubieten.

159. Ein Schwerpunkt der Jugendpolitik ist für uns der Bau von Stätten der Jugendfreizeit und Jugenderholung und die Förderung von Jugenderholungsmaßnahmen. Die großen Anstrengungen des Landes auf diesem Gebiet - allein im letzten Jahr hat das Land für diese Aufgaben über 2 Mio DM zur Verfügung gestellt - sind fortzusetzen. Dies gilt insbesondere auch für die Unterstützung von Jugendzentren, die von Kommunen oder freien Verbänden getragen werden und bei denen Jugendliche mitgestalten können.

Jugendfürsorge

160. Für den Bereich der Jugendfürsorge hat das Land im letzten Jahr 28 Mio DM zur Verfügung gestellt. Der überwiegende Teil dieser Mittel wurde für die Heimerziehung benötigt. Unser Ziel ist es, die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die der Heimerziehung bedürfen, zu verringern. Eine Trennung von den Eltern soll möglichst vermieden werden, da die Rückgliederung in die Familie in der Regel äußerst schwierig ist.

161. Wir treten deshalb dafür ein, daß das Land seine Mittel für den Ausbau

von Maßnahmen im Vorfeld der Heimerziehung weiterhin erhöht. Dies insbesondere zum Ausbau der Erziehungsberatungsstellen, für den Einsatz hauptamtlicher Erziehungsbeistände, für die Förderung von Pflegefamilien und für die Unterstützung von Modellen, die neue Wege zur Vermeidung der Heimerziehung erproben.

162. Für bestimmte Kinder und Jugendliche wird eine Heimerziehung unvermeidlich bleiben. Das gilt besonders in den Fällen, in denen die Familie nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die notwendigen Maßnahmen mitzutragen, die für ein Verbleiben gefährdeter Jugendlicher in der Familie notwendig sind. Deshalb treten wir dafür ein, daß die Landesjugendheime und die Heime der Wohlfahrtsverbände weiter nach modernen sozial- und heilpädagogischen Gesichtspunkten ausgestaltet werden.

V. Familie, Gesundheit und Soziales

163. Die Familie ist die Grundlage menschlichen Zusammenlebens.
Sie ist die Keimzelle unseres Staates.
Soziales Verhalten lernt der Mensch vor allem in der Familie.
Die Familie ist die natürliche Gemeinschaft, in der Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen partnerschaftlich zusammenleben.
In der gesunden Familie findet der einzelne Mensch Geborgenheit und den Rückhalt, die er als Kind für seine Entwicklung braucht und aus denen er als Erwachsener die Kraft für seine Leistungen im Beruf, in der Gesellschaft und im privaten Bereich schöpft. Die Familie braucht für ihre Wirkung einen Freiraum, den der Staat schützen muß, in den er sich aber nicht einmischen darf. Schutz und Förderung der Familie sind ein Grundanliegen der CDU, das sie in allen politischen Bereichen durchsetzen will.

164. Die Leistungen der Familie für den einzelnen Menschen sind durch keine Institution zu ersetzen. Familien mit Kindern, in denen sich ein Elternteil voll deren Pflege und Erziehung widmet, verdienen die besondere Anerkennung und Unterstützung des Staates, der freien gesellschaftlichen Träger und Gruppen sowie jedes einzelnen Bürgers.

165. Die CDU hat die Familien in Schleswig-Holstein in allen Bereichen unterstützt. Das Netz der Kindergärten wurde auf über 37.000 Plätze erweitert und damit der Bedarf gedeckt.

- 26 Familienbildungsstätten mit ihren 60 Außen- und Nebenstellen und Seminare für Eltern mit Kindern werden verstärkt gefördert
- kinderreiche Familien werden im Rahmen des Landeswohnungsbauprogramms finanziell besonders gefördert und erhalten einen großen Teil der Wohnungen
- seit 1978 läuft ein Wohnungssonderprogramm für junge Familien.

166. Die Situation der Familien mit mehreren Kindern muß verbessert werden. Hier liegt auch ein entscheidender Ansatzpunkt für die Probleme der Bevölkerungsentwicklung.

167. Familienpolitik ist die Summe vieler Einzelmaßnahmen in allen politischen Bereichen. Familienfreundlichkeit ist ein Prinzip, das die CDU Schleswig-Holstein überall durchsetzen will, vor allem durch

- eine kontinuierliche Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems und der beruflichen Bildung
- eine Wohnungsbauförderung, die für kinderreiche und junge Familien Schwerpunkte setzt
- einen Ausbau der Eltern- und Erziehungsberatung einschließlich der Konfliktberatung werdender Mütter
- eine vielseitige Verbraucherpolitik.

168. Weitere Schwerpunkte der CDU für eine besondere Familienpolitik in Schleswig-Holstein sind

- die Förderung der Familienbildung in Familienbildungsstätten und Seminaren für Eltern mit Kindern
- die Verbesserung der Arbeit der Kindergärten als freiwillige familienergänzende Erziehungseinrichtungen, nämlich pädagogische Hilfen, praxisnahe Ausbildung der Fachkräfte und Förderung der Fortbildung
- die verbesserte Förderung der Familienerholung für kinderreiche Familien
- der Ausbau der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsberatung vor allem der humangenetischen Beratung
- die Einführung eines Familiendarlehens und seine weitere Ausgestaltung
- die Errichtung einer Stiftung, die Familien in Not schnell hilft.

169. Ohne eine wirksame Gesetzgebung des Bundes werden die Maßnahmen des Landes nicht ausreichen, um die Situation der Familien nachhaltig zu verbessern. Deshalb werden wir uns im Bund einsetzen für

- eine Änderung der Steuergesetzgebung zugunsten kinderreicher Familien durch Wiedereinführung der Kinderfreibeträge
- eine regelmäßige Anpassung des Kindergeldes und Wohngeldes an die Entwicklung der Preise und Einkommen
- Unterhaltsvorschußkassen für alleinerziehende Mütter.

Unser langfristiges Ziel bleibt

- die soziale Alterssicherung der Hausfrauen, die im Rahmen der Gleichbehandlung bei den Renten von Männern und Frauen nun ihre endgültige Regelung finden muß. Die CDU Schleswig-Holstein sieht in der Entscheidung für Familie und Haushalt eine zumindest ebenso verantwortungsvolle Aufgabe der Frau wie in der Berufstätigkeit
- Erziehungsgeld für Mütter oder Väter in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder
- Anrechnung der Erziehungsjahre in der Sozialversicherung.

Gesundheit

170. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der CDU. Gesundheitsleistungen und medizinischer Fortschritt müssen für jeden Bürger ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation, seinen Platz in der Gesellschaft und seinen Wohnort zugänglich sein.

Wir handeln nach dem Grundsatz: soviel Freiheit wie möglich. Daraus folgt für das Gesundheitswesen: freie Arztwahl des Patienten, freie Berufsausübung und Selbstverwaltung der Heilberufe und der gesetzlichen Krankenversicherung. Sozialistische Konzepte, wie sie die SPD unseres Landes gefordert hat, orientieren sich nicht am Schicksal des einzelnen Menschen, sondern ordnen ihn kollektivistischen Vorstellungen unter. Wir lehnen daher eine Vergesellschaftung, Sozialisierung bzw. Verstaatlichung des Gesundheitswesens ab.

171. Auf der Grundlage der schleswig-holsteinischen Krankenhausplanung und der Krankenhausbauprogramme wurden die Maßnahmen zur weiteren qualitativen Verbesserung der Krankenhausversorgung planmäßig fortgesetzt. Seit 1975 förderte die Landesregierung Neu-, Um- und Ersatzbauten mit 425 Mio DM. Ein besonderer Schwerpunkt lag im Bereich der psychiatrischen Versorgung. Erarbeitet wurde ein Zielplan für die stationäre und ambulante psychiatrische Versorgung der nächsten Jahrzehnte in Schleswig-Holstein. Fortgeführt wurde das Programm der dezentralisierten Psychiatrie. An den Schwerpunktkrankenhäusern in Itzehoe und Neumünster konnte 1976 bzw. 1977 die Arbeit in den psychiatrischen Abteilungen aufgenommen werden. Fortgeführt wurde auch das Sanierungsprogramm für die drei psychiatrischen Landeskrankenhäuser. Seit 1965 hat die Landesregierung für diese Häuser 85 Mio DM investiert, bis 1984 sind nochmals 80 Mio DM eingeplant.

172. Die vorbeugende Medizin ist ein Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik.

Wir fordern die Erweiterung der Früherkennungsmaßnahmen bei Krankheiten, die häufig sind, im Frühstadium erkannt werden können und bei frühzeitiger Behandlung gute Heilungsaussichten haben, da die Volkskrankheiten sich durch die Erfolge der modernen Medizin in den letzten Jahrzehnten entscheidend gewandelt haben.
Zur Erhaltung der Gesundheit muß der Einzelne selbst beitragen. Deshalb kommt der Gesundheitserziehung eine besondere Bedeutung zu.

173. Der Mißbrauch von Alkohol und Tabak nimmt zu.
Auch der Drogengebrauch ist nach wie vor ein ernstes medizinisches und gesellschaftliches Problem. Besonders gefährdet ist der junge Mensch.
Wir fordern:

- weitere Selbstbeschränkung in der Werbung für Alkohol und Tabak
- Einhaltung des Verbotes des Zugangs und des Gebrauchs von Alkohol und Tabak für Kinder und Jugendliche
- wirksamen Schutz der jungen Menschen vor Tabak und Alkohol und ihre Aufklärung über die Gefahren bei Mißbrauch
- einen verbesserten Nichtraucherschutz
- Fortführung des Kampfes gegen die Drogensucht.

174. Umweltschutz und Gesundheit sind untrennbar miteinander verbunden. Maßnahmen des Umweltschutzes müssen daher die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und damit der Gesundheit des Einzelnen und der Bevölkerung dienen.

175. Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung ist auch in Zukunft vorrangig durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier Berufsausübung sicherzustellen. Dabei hat der Arzt für Allgemeinmedizin als Haus- und Familienarzt eine zentrale Aufgabe. Das Krankenhaus als Institution ist für die reguläre ambulante ärztliche Versorgung wenig geeignet.

176. Wir fordern die flächendeckende Betreuung der Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte, Zahnärzte sowie mit Einrichtungen des Gesundheitswesens in vertretbarer Entfernung zum Wohnort; dies gilt auch für den ländlichen Raum.
Jeder Bürger, für den eine Krankenhausbehandlung notwendig ist, hat unabhängig von seinem Einkommen und seiner sozialen Stellung Anspruch auf Aufnahme in ein leistungsfähiges Krankenhaus. Wir fordern deshalb:

- ein ausgewogenes System kleiner, mittlerer und größerer Krankenhäuser
- auf der Grundlage der schleswig-holsteinischen Krankenhausplanung Fortsetzung der Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der flächendeckenden Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten
- die kontinuierliche Fortführung der Neu-, Um- und Ersatzbauten zur weiteren Sicherstellung und Verbesserung der Krankenhausversorgung in Anpassung an den medizinischen und technischen Fortschritt.

Der psychisch Kranke hat Anspruch auf ärztliche Behandlung und pflegerische und soziale Betreuung wie jeder andere Kranke. Er soll soweit und solange wie möglich in der Familie und seiner vertrauten Umgebung leben.

Auf der Grundlage unseres Zielplanes werden wir die ambulante psychiatrische Versorgung stärken und weitere Abteilungen für Psychiatrie und Neurologie an größeren Allgemeinkrankenhäusern fordern.
Der Wiedereingliederung psychisch Kranker in das Berufs- und Gemeinschaftsleben gilt unsere besondere Aufmerksamkeit; die Rehabilitationsmaßnahmen sollen darauf ausgerichtet werden.

178. Wir brauchen einen leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst, den wir dem medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel anpassen.

179. Viele Unfälle, sei es im Straßenverkehr, bei der Arbeit oder im Haushalt, erfordern einen modernen Rettungsdienst. Auf der Grundlage des schleswig-holsteinischen Rettungsdienstgesetzes werden wir gemeinsam mit den freien Trägern den Ausbau der Rettungskette fortsetzen. Der Einsatz von Rettungshubschraubern ist dafür ein vorbildliches Beispiel.

Wir fordern:

- weitere Notrufmeldeanlagen
- ausreichende Anzahl von Notarztwagen
- Ausbildung qualifizierter Rettungssanitäter
- weitere Maßnahmen zur Unfallverhütung.

Ferner werden wir die gute Zusammenarbeit mit Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und Feuerwehr fortsetzen.

Soziale Gerechtigkeit

180. CDU-Politik will private Initiative, Selbsthilfe und praktische Nachbarschaftshilfe anregen, fördern und unterstützen. Das gilt ganz besonders für den sozialen Bereich. Soziale Gerechtigkeit gebietet, den Schwachen zu schützen, dem Benachteiligten zu helfen,

den Glücklosen nicht fallen zu lassen und selbst dem aus eigenem Verschulden Notleidenden kein menschenunwürdiges Dasein zuzumuten. Das Netz der sozialen Sicherung und die sozialen Dienste sollen jedem ein Leben gewährleisten, das der Würde des Menschen entspricht. Hierzu muß jedermann nach seinen Kräften beitragen. Die CDU wendet sich allerdings gegen die mißbräuchliche Ausnutzung der sozialen Sicherung auf Kosten der Mitmenschen.

181. Unsere CDU-geführte Landesregierung hat im Jahre 1975 ihre "Sozialplanungen für Schleswig-Holstein" vorgelegt, in denen sie ihre sozialpolitischen Vorstellungen entwickelt und Wege zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt hat. Zur Erreichung ihrer sozialen Ziele hat die Landesregierung von 1975 bis 1978 über 70 Mio DM als freiwillige Landeszuwendung für die zum Wohle der Bürger von den freien Wohlfahrtsverbänden getragenen sozialen Einrichtungen und Dienste bereitgestellt. Sie hat damit das Angebot an sozialen Einrichtungen und Diensten im Land wesentlich verbessert und zugleich gezeigt, wie ernst die CDU den Vorrang der freien Verbände nimmt.

Seit 1975 haben wir über 2.500 neue Plätze in Alten- und Pflegeheimen geschaffen. Damit haben wir den Bedarf weitgehend gedeckt.

Für Behinderte haben wir allein 1.250 Plätze in Werkstätten neu gebaut, zwei Berufsbildungswerke mit insgesamt 760 Ausbildungsplätzen für körperbehinderte und lernschwache Jugendliche im Theodor-Schäfer-Werk in Husum und im Bugenhagenwerk in Timmendorfer Strand gefördert.

Die ambulanten sozialen Dienste haben wir schwerpunktmäßig ausgebaut. Wir haben für die Gemeindekrankenpflege und Hauspflege sowie für die Betreuung von Sozialstationen von 1975 - 1978 über 16 Mio DM zur Verfügung gestellt.

182. Soziale Gerechtigkeit dient dem Schutz der Menschenwürde. Sie bedeutet gleiches Recht für alle, auch für die, denen geholfen werden muß. Niemand wird von der Verantwortung für das eigene Leben entbunden.

Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Bundessozialhilfegesetzes, das im Jahre 1962 von der CDU/CSU geschaffen worden ist und das jedem

Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein menschenwürdiges Dasein garantiert.
Wir ermutigen zur sozialen Eigenverantwortung und erinnern an die soziale Verpflichtung der Menschen füreinander. Wir regen zur Selbsthilfe und zur Nachbarschaftshilfe an und helfen dem Einzelnen dabei durch systematischen Ausbau der sozialen Dienste und Einrichtungen.

Die Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden, Kirchen und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege hat sich hervorragend bewährt. Die CDU bietet die Gewähr dafür, daß die freien Träger auch in Zukunft Vorrang vor der öffentlichen Hand haben. Damit sichern wir den Bürgern ein differenziertes Hilfeangebot und geben ihnen die Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitwirkung.

183. Wir wollen, daß die älteren Bürger am kulturellen, gesellschaftlichen und geistigen Leben teilhaben. Nach ihren Wünschen sollen sie so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Dem alten Menschen, der Pflege braucht, müssen Hilfe und Betreuung gewährt werden. Dazu werden wir

- die ambulanten Dienste, wie Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Sozialstationen weiter ausbauen
- verstärkt Wohnungen für alte Menschen bauen oder herrichten
- neue Wohnformen entwickeln, in denen alte Menschen bei voller Selbständigkeit die von ihnen gewünschten Dienste und Hilfen durch benachbarte soziale Einrichtungen wie Alten- und Pflegeheime oder Sozialstationen finden
- die letzten Lücken im Bereich der Alten- und Pflegeheime schließen, auch im ländlichen Bereich
- die Begegnung alter Menschen durch einen verstärkten Ausbau von Altentagesstätten fördern.

184. Die CDU spricht sich für eine rasche und vollkommene Eingliederung der deutschen Spätaussiedler aus. Ihnen muß durch gezielte Bemühungen und geeignete Einrichtungen geholfen werden, einen festen Platz im sozialen und gesellschaftlichen Leben zu finden. Mehr noch zählen Verständnis und Aufgeschlossenheit aller Mitbürger.
Die CDU Schleswig-Holstein fördert Hilfen zur Wohnraum- und Arbeitsplatzbeschaffung und unterstützt sprachliche und kulturelle Bemühungen, die der Eingliederung dienen.

185. Behinderte bedürfen in besonderem Maße der Zuwendung ihrer Mitmenschen. Die CDU will die Behinderten in den Kreis ihrer Mitbürger eingliedern, um auch ihnen ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Dazu werden wir

- die Frühbetreuung behinderter Kinder fördern
- jedem behinderten Kind einen Platz im Sonderkindergarten bereitstellen
- die Sonderschulen ausbauen
- die berufliche Bildung behinderter junger Menschen verbessern
- das Netz der Werkstätten und Wohnheime für Behinderte noch dichter knüpfen.

186. Wir bekennen uns zur Solidarität mit den sozial Schwachen und Gefährdeten unserer Gesellschaft. Sie bedürfen in besonderem Maße der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen deshalb

- die Obdachlosenlager so weit wie möglich auflösen
- Drogen-, Rauschmittel- und Alkoholabhängigen helfen, ihr Leben in der Gesellschaft wieder verantwortlich selbst zu gestalten
- den Haftentlassenen Hilfen zur Überwindung ihrer besonderen sozialen Schwierigkeiten bieten.

187. Wir werden dafür eintreten, daß ausländische Arbeitnehmer, insbesondere Kinder und Jugendliche besser in das gesellschaftliche Leben eingegliedert werden. Dabei sollen ihre nationalen und kulturellen Eigenheiten möglichst gewahrt bleiben.

Zum Abbau von Sprachschranken müssen verstärkt Sprachkurse für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen eingerichtet werden. Dadurch erleichtern wir ausländischen Kindern die Eingliederung in das deutsche Schulsystem.

188. Schlußwort

Dieses Schleswig-Holstein-Programm ist die Grundlage der CDU-Politik für unser Land in den nächsten vier Jahren. Es enthält genaue Aussagen zu allen Bereichen der Landespolitik, verzichtet aber auf unerfüllbare Ankündigungen.
Unsere Mitbürger sind selbstbewußt und freiheitlich gesonnen. Deshalb soll unser Land Heimat für Eigenverantwortung und staatsbürgerliche Vernunft bleiben. Die weitere Entwicklung unseres Landes in eine freiheitliche, soziale und sichere Zukunft für alle Bürger ist unser Ziel. Die Schleswig-Holsteiner können sich darauf verlassen, daß dieses Programm von der CDU-Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion verwirklicht wird.
